

Wust | Rietzler | Wiemer [Hrsg.]

Windenergie- recht

Planen | Beraten | Durchsetzen



Nomos

Dr. Bernd Wust | Dr. Andreas Rietzler
Dr. Julia Wiemer [Hrsg.]

Windenergie- recht

Planen | Beraten | Durchsetzen

Prof. Dr. Eike Albrecht, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg | **Dr. Konrad Asemissen**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Potsdam | **Dr. Katharina Bader-Plabst**, LL.M. (Auckland), Rechtsanwältin, München | **Kathrina Baur**, LL.M. (Waikato), Fachagentur Windenergie an Land e.V., Berlin | **Dr. Florian Brahms**, Rechtsanwalt, Hamburg | **Dr. Christoph Carstens**, Rechtsanwalt, Hamburg | **Dr. Lena-Sophie Deißler**, Rechtsanwältin, München | **Dr. Eva-Maria Ehemann**, Rechtsanwältin, München | **Prof. Dr. Nikolas Eisentraut**, Leibniz Universität Hannover und Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung | **Thomas Gäßl**, Assessor, München | **Hannes Grabia**, APEX Group, Rostock-Laage | **RiVG Max Häfner**, Verwaltungsgericht Sigmaringen | **Dr. Matthias Hangst**, Rechtsanwalt, Stuttgart | **Dr. Sven Hannes**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Düsseldorf | **Dr. Julia Herdy**, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Vergaberecht, München | **Niklas Jasper**, Eberhard Karls Universität Tübingen | **Dr. Marcel Krengel**, Rechtsanwalt und Steuerberater, Düsseldorf | **Dr. Boas Kümper**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster | **Prof. Dr. Martin Lailach**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Berlin | **Dr. Marcus Lau**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Leipzig | **Dr. Simona Liauw**, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht, Düsseldorf | **Luana Maria Lindow**, Rechtsanwältin, Mönchengladbach | **RiVG Dr. Alexander Milstein**, Verwaltungsgericht Düsseldorf | **Desiree Oberpichler**, Rechtsanwältin, Hamburg | **Dr. Bernd Peters**, Rechtsanwalt, Hamburg | **Jana Peters**, LL.M. (Kapstadt), Rechtsanwältin, Hamburg | **Catharina Post**, LL.M., Rechtsanwältin, Berlin | **Katrin Prechtel**, Rechtsanwältin, München | **Dr. Andreas Rietzler**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin | **Frank Sailer**, Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg | **Prof. Dr. Johannes Saurer**, LL.M. (Yale), Eberhard Karls Universität Tübingen | **Dr. Maximilian Schmidt**, Rechtsanwalt, München | **Dr. Carmen Schneider**, Rechtsanwältin, Hamburg | **Dr. Katharina Schober**, Rechtsanwältin, Freiburg | **Dr. Fabian Sösemann**, Syndikusrechtsanwalt, Pohnstorf | **Bianca Strobel** M.Sc., Rechtsanwältin, Mönchengladbach | **Dr. Ferdinand Unzicker**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht, München | **Ri Dr. Henning Voß**, Verwaltungsgericht Sigmaringen | **Dr. Daniel Weinke**, LL.M. (London), Rechtsanwalt, Berlin | **Dr. Anja Widmann**, Eberhard Karls Universität Tübingen | **Dr. Julia Wiemer**, LL.M. (Norwich), Rechtsanwältin, Mönchengladbach | **Janina Winz**, Rechtsanwältin, Düsseldorf | **Eric Witte**, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg | **Dr. Martin Wittemeier**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Düsseldorf | **Dr. Bernd Wust**, LL.M. (Columbia), Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht sowie für Bau- und Architektenrecht, Fürth



Nomos

Zitiervorschlag: Wust/Rietzler/Wierner, WindenergieR

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0335-8

1. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss der Verbrauch fossiler Energieträger in allen Bereichen (Strom, Wärme und Mobilität) gesenkt und durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Neben dem Klimaschutz dient der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien auch dazu, die Unabhängigkeit Deutschlands von ausländischen Versorgungsquellen zu erhöhen und damit die Versorgungssicherheit im Energiebereich zu verbessern. Dafür bedarf es des Ausbaus von Anlagen aller erneuerbarer Energieträger.

Windenergieanlagen an Land sind eine der wesentlichen Säulen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland. Der derzeitige Anlagenbestand von rund 61,5 Gigawatt im ersten Quartal 2024 soll nach dem Ausbaupfad des EEG bis zum Jahr 2040 auf 160 Gigawatt anwachsen. In diesem Zeitraum wird zugleich ein maßgeblicher Teil des aktuellen Anlagenbestands durch neue Anlagen ersetzt werden (Repowering). Alle Beteiligten – Planer, Dienstleister, Behörden, Hersteller, Bauunternehmer und Netzbetreiber – stehen also vor der Herausforderung, in den nächsten gut 15 Jahren ca. 20.000 Windenergieanlagen zu planen, zu genehmigen, zu errichten und an das Stromnetz anzuschließen.

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen sind kompliziert und in vielen Gesetzen verstreut. Sie unterliegen und unterlagen vor allem in der laufenden Legislaturperiode zahlreichen Änderungen – getragen von den wesentlichen Zielen, die Flächenverfügbarkeit für Windenergieanlagen zu erhöhen, die Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und die energierechtlichen Weichen für das Energiesystem der Zukunft zu stellen. Auch in den Bundesländern werden laufend gesetzliche und untergesetzliche Maßnahmen zur Beschleunigung des Windkraftausbaus ergriffen.

Zugleich haben sich die Absatzmärkte deutlich weiter entwickelt. PPAs spielen eine immer größere Rolle und werden dies voraussichtlich auch künftig in noch größerem Umfang tun. Die ersten größeren Sektorenkopplungskonzepte werden geplant und in die Tat umgesetzt und sind ebenso Neuland für die etablierten Anlagenbetreiber. Daneben gibt es zahlreiche regulatorische Anforderungen, die in der Betriebsphase und insbesondere beim Vertrieb des Stroms abseits der klassischen Einspeisung ins Netz zu beachten sind. Auch hier sind die rechtlichen Rahmenbedingungen umfangreich und auf viele Regelungen verteilt. Um private Mittel für den schnellen Ausbau des Anlagenbestands bereitzustellen, spielen schließlich auch Finanzierungsfragen und Projekttransaktionen in allen Lebenszyklen der Anlagen eine immer größere Rolle im Markt.

Das vorliegende Handbuch will die komplexe und verstreute Rechtslage über den gesamten Lebenszyklus einer Anlage gebündelt für die Anwendungspraxis darstellen und die in der Praxis relevanten Rechtsprobleme detailliert und auf dem neuesten Stand behandeln. Es verfolgt das Ziel, in einem Band alles Wichtige zu Planung, Realisierung und Betrieb von Windenergieanlagen an Land zu erfassen.

Die Darstellung gliedert sich in drei große Themenblöcke, die jeweils von einer Herausgeberin bzw. einem Herausgeber federführend betreut wurden: Öffentliches Recht (Dr. Andreas Rietzler), Zivilrecht (Dr. Bernd Wust) und Energierecht (Dr. Julia Wiemer).

Aufgrund der dynamischen Rechtsentwicklung stellt das Werk in mehreren Bereichen eine Momentaufnahme dar. Einheitlicher Rechtsstand ist der 30.4.2024. Rechtsänderungen nach diesem Datum wurden im Regelfall nicht mehr berücksichtigt und müssen einer Folgeauflage vorbehalten bleiben.

Herausgeberseitig danken wir allen Autorinnen und Autoren sehr dafür, dass sie neben der gegenwärtig allseits spürbaren Inanspruchnahme vieler Kapazitäten für das gesamtgesellschaftliche Projekt Energiewende die Zeit und Mühe für ein solches Werk aufgebracht haben. Ferner

Vorwort

gebührt unser großer Dank unserem Lektor auf Seiten der Nomos Verlagsgesellschaft, Herrn Dr. Peter Schmidt, für die außerordentlich gute und geduldige Zusammenarbeit.

Wir freuen uns, wenn das Handbuch die tägliche Arbeit aller Beteiligten bei der Planung und Umsetzung von Windenergieanlagen erleichtert und Diskussionsanstöße für die weitere Fortentwicklung des Windenergierechts liefert. Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge nehmen wir gerne entgegen.

Dr. Bernd Wust

Fürth

Dr. Andreas Rietzler

Berlin

Dr. Julia Wiemer

Mönchengladbach

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bearbeiterverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	15
Literaturverzeichnis	21

1. Teil

Öffentliches Recht

1. Abschnitt

Materielle Anforderungen an Windenergieanlagen

1. Kapitel

Öffentliches Baurecht

§ 1	Raumordnung	29
§ 2	Bauplanungsrecht	119
§ 3	Bauordnungsrecht	176
§ 4	Erschließung	184

2. Kapitel

Umwelt- und Naturschutzrecht

§ 5	Immissionsschutzrecht	195
§ 6	Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	210
§ 7	Gebiets- und Landschaftsschutz	256
§ 8	Natura 2000 und FFH-Verträglichkeitsprüfung	279
§ 9	Artenschutz	298
§ 10	Waldumwandlung	349
§ 11	Wasserrechtliche Anforderungen	370

3. Kapitel

Sonstige Anforderungen

§ 12	Denkmalschutz	389
§ 13	Luftverkehr	415
§ 14	Wetterradar, Seismische Stationen, Richtfunk	450

2. Abschnitt

Genehmigung, Genehmigungsverfahren, Überwachung

1. Kapitel

Verfahrensrecht

§ 15	Das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren	467
§ 16	Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	521
§ 17	Rechtswirkung der Genehmigung, besondere Genehmigungsarten	553

Inhaltsverzeichnis

§ 18	Verlängerung, Erlöschen und Widerruf von Genehmigungen	572
2. Kapitel		
Anlagenüberwachung		
§ 19	Überwachung, Nachträgliche Anordnung, Untersagung und Stilllegung	591
3. Abschnitt		
Rechtsschutz		
§ 20	Rechtsschutz des Vorhabenträgers	609
§ 21	Rechtsschutz Dritter und Rechtsbehelfe anerkannter Umweltvereinigungen	628
2. Teil		
Zivilrecht		
1. Abschnitt		
Grundstücksrecht		
1. Kapitel		
Grundstückssicherung		
§ 22	Nutzungsverträge	677
§ 23	Dingliche Sicherung	714
§ 24	Erbbaurecht	730
2. Kapitel		
Grundstückserwerb		
§ 25	Grundstückskaufverträge	737
§ 26	Enteignung zugunsten von Windenergieanlagen	746
2. Abschnitt		
Projektverträge für Errichtung und Betrieb		
1. Kapitel		
Errichtung		
§ 27	Anlagenbauverträge	757
§ 28	Allgemeine Bauverträge	777
2. Kapitel		
Anlagenbetrieb		
§ 29	Wartungsverträge und Betriebsführungsverträge	795
3. Kapitel		
Weitere Fragestellungen in beiden Phasen		
§ 30	Versicherungen	809
§ 31	Vergaberecht	823

3. Abschnitt
Finanzierung und Transaktion

1. Kapitel
Projektfinanzierung und Bürgerbeteiligung

§ 32	Projektfinanzierung	839
§ 33	Kapitalmarktrechtliche Aspekte bei Einwerbung von Anlegerkapital und Bürgerbeteiligungen	868

2. Kapitel
Transaktionen

§ 34	Überblick: Transaktionsarten und Zeitpunkte	913
§ 35	Transaktionsablauf	921
§ 36	Kaufverträge: APA und SPA	968

3. Teil
Energierecht

1. Abschnitt
Förderung und Vermarktung

1. Kapitel
Förderung nach dem EEG

§ 37	Grundlegende Rechte und Pflichten aus dem EEG	1001
§ 38	Ausschreibung nach dem EEG	1013
§ 39	Geförderte Direktvermarktung und Einspeisevergütung	1038
§ 40	Finanzielle kommunale Teilhabe an Windenergievorhaben (§ 6 EEG 2023)	1052

2. Kapitel
Vermarktung außerhalb des EEG

§ 41	Herkunftsnachweise und Regionalnachweise	1061
§ 42	Strompreisbestandteile (Steuern, Abgaben und Umlagen)	1072
§ 43	Power Purchase Agreements (PPA); Direktbelieferung Dritter	1086
§ 44	Sektorenkopplung	1108
§ 45	Eigenverbrauch und Eigenversorgung	1130

2. Abschnitt
Weitere energierechtliche Fragen

§ 46	Netzanschluss und Netzzugang	1133
§ 47	Einspeisemanagement, Redispatch	1147
§ 48	Meldepflichten, Fristen, Sanktionen	1157

Inhaltsverzeichnis

4. Teil **Sonstige Rechtsgebiete**

§ 49	Steuerrecht	1169
§ 50	Datenschutz	1192
	Stichwortverzeichnis	1217

Bearbeiterverzeichnis

- Prof. Dr. Eike Albrecht*, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
(§ 18 Verlängerung, Erlöschen und Widerruf von Genehmigungen (zusammen mit *Witte*))
- Dr. Konrad Asemissen*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Potsdam
(§ 11 Wasserrechtliche Anforderungen)
- Dr. Katharina Bader-Plabst, LL.M. (University of Auckland)*, Rechtsanwältin, München
(§ 7 Gebiets- und Landschaftsschutz, § 15 Das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren (jeweils zusammen mit *Rietzler*))
- Kathrina Baur, LL.M. (University of Waikato)*, Fachagentur Windenergie an Land e.V., Berlin
(§ 40 Finanzielle kommunale Teilhabe an Windenergievorhaben (§ 6 EEG 2023))
- Dr. Florian Brahms*, Rechtsanwalt, Hamburg
(§ 37 Grundlegende Rechte und Pflichten aus dem EEG)
- Dr. Christoph Carstens*, Rechtsanwalt, Hamburg
(§ 34 Überblick: Transaktionsarten und Zeitpunkte, § 35 Transaktionsablauf, § 36 Kaufverträge: APA und SPA (jeweils zusammen mit *Deißler*))
- Dr. Lena-Sophie Deißler*, Rechtsanwältin, München
(§ 4 Erschließung (zusammen mit *Wust*), § 34 Überblick: Transaktionsarten und Zeitpunkte, § 35 Transaktionsablauf, § 36 Kaufverträge: APA und SPA (jeweils zusammen mit *Carstens*))
- Dr. Eva-Maria Ehemann*, Rechtsanwältin, München
(§ 17 Rechtswirkung der Genehmigung, besondere Genehmigungsarten)
- Prof. Dr. Nikolas Eisentraut*, Leibniz Universität Hannover und Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
(§ 20 Rechtsschutz des Vorhabenträgers, § 26 Enteignung zugunsten von Windenergieanlagen)
- Thomas Gäßl*, Assessor, München
(§ 22 Nutzungsverträge (zusammen mit *Wust*))
- Hannes Grabia*, APEX Group, Rostock-Laage
(§ 44 Sektorenkopplung (zusammen mit *Strobel* und *Wiemer*))
- RiVG Max Häfner*, Verwaltungsgericht Sigmaringen
(§ 21 Rechtsschutz Dritter und Rechtsbehelfe anerkannter Umweltvereinigungen (zusammen mit *Voß*))
- Dr. Matthias Hangst*, Rechtsanwalt, Stuttgart
(§ 10 Waldumwandlung)
- Dr. Sven Hannes*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Düsseldorf
(§ 30 Versicherungen)
- Dr. Julia Herdy*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Vergaberecht, München
(§ 31 Vergaberecht)
- Niklas Jasper*, Eberhard Karls Universität Tübingen
(§ 5 Immissionsschutzrecht (zusammen mit *Saurer* und *Widmann*))
- Dr. Marcel Krengel*, Rechtsanwalt und Steuerberater, Düsseldorf
(§ 42 Strompreisbestandteile (Steuern, Abgaben und Umlagen) (zusammen mit *Strobel* und *Wiemer*), § 49 Steuerrecht)
- Dr. Boas Kümper*, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
(§ 1 Raumordnung, § 2 Bauplanungsrecht, § 13 Luftverkehr, § 16 Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP))

Bearbeiterverzeichnis

- Prof. Dr. Martin Lailach*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Berlin
(§ 25 Grundstückskaufverträge)
- Dr. Marcus Lau*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Leipzig
(§ 8 Natura 2000 und FFH-Verträglichkeitsprüfung)
- Dr. Simona Liauw*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht, Düsseldorf
(§ 28 Allgemeine Bauverträge, § 29 Wartungs- und Betriebsführungsverträge (zusammen mit *Wust*))
- Luana Maria Lindow*, Rechtsanwältin, Mönchengladbach
(§ 41 Herkunftsnachweise und Regionalnachweise (zusammen mit *Wiemer*))
- RiVG Dr. Alexander Milstein*, Verwaltungsgericht Düsseldorf
(§ 3 Bauordnungsrecht, § 19 Überwachung, Nachträgliche Anordnung, Untersagung und Stilllegung)
- Desiree Oberpichler*, Rechtsanwältin, Hamburg
(§ 23 Dingliche Sicherung, § 24 Erbbaurecht (jeweils zusammen mit *Post*))
- Dr. Bernd Peters*, Rechtsanwalt, Hamburg
(§ 32 Projektfinanzierung (zusammen mit *J. Peters*))
- Jana Peters, LL.M. (University of Cape Town)*, Rechtsanwältin, Hamburg
(§ 32 Projektfinanzierung (zusammen mit *B. Peters*))
- Catharina Post, LL.M.*, Rechtsanwältin, Berlin
(§ 23 Dingliche Sicherung, § 24 Erbbaurecht (jeweils zusammen mit *Oberpichler*))
- Katrin Pechtl*, Rechtsanwältin, München
(§ 27 Anlagenbauverträge (zusammen mit *Wittmeier*))
- Dr. Andreas Rietzler*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
(§ 7 Gebiets- und Landschaftsschutz (zusammen mit *Bader-Plabst*), § 9 Artenschutz (zusammen mit *Schmidt*), § 12 Denkmalschutz (zusammen mit *Weinke*), § 15 Das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren (zusammen mit *Bader-Plabst*))
- Frank Sailer*, Stiftung Umweltenenergierecht, Würzburg
(§ 14 Wetterradar, Seismische Stationen, Richtfunk (zusammen mit *Schmidt*))
- Prof. Dr. Johannes Saurer, LL.M. (Yale University)*, Eberhard Karls Universität Tübingen
(§ 5 Immissionsschutzrecht (zusammen mit *Jasper* und *Widmann*))
- Dr. Maximilian Schmidt*, Rechtsanwalt, München
(§ 9 Artenschutz (zusammen mit *Rietzler*), § 14 Wetterradar, Seismische Stationen, Richtfunk (zusammen mit *Sailer*))
- Dr. Carmen Schneider*, Rechtsanwältin, Hamburg
(§ 43 Power Purchase Agreements (PPA); Direktbelieferung Dritter)
- Dr. Katharina Schober*, Rechtsanwältin, Freiburg
(§ 6 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung)
- Dr. Fabian Sösemann*, Syndikusrechtsanwalt, GP JOULE GmbH, Pohnstorf
(§ 39 Geförderte Direktvermarktung und Einspeisevergütung)
- Bianca Strobel M.Sc.*, Rechtsanwältin, Mönchengladbach
(§ 38 Ausschreibung nach dem EEG (zusammen mit *Wiemer*), § 42 Strompreisbestandteile (Steuern, Abgaben und Umlagen) (zusammen mit *Krengel* und *Wiemer*), § 44 Sektorenkoppelung (zusammen mit *Grabia* und *Wiemer*), § 45 Eigenverbrauch und Eigenversorgung (zusammen mit *Wiemer*), § 47 Einspeisemanagement, Redispatch, § 48 Meldefristen, Fristen, Sanktionen (jeweils zusammen mit *Wiemer*))

Dr. Ferdinand Unzicker, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht, München
(§ 33 Kapitalmarktrechtliche Aspekte bei der Einwerbung von Anlegerkapital und Bürgerbeteiligungen)

Ri Dr. Henning Voß, Verwaltungsgericht Sigmaringen
(§ 21 Rechtsschutz Dritter und Rechtsbehelfe anerkannter Umweltvereinigungen (zusammen mit *Häfner*))

Dr. Daniel Weinke, LL.M. (King's College London), Rechtsanwalt, Berlin
(§ 12 Denkmalschutz (zusammen mit *Rietzler*))

Dr. Anja Widmann, Eberhard Karls Universität Tübingen
(§ 5 Immissionsschutzrecht (zusammen mit *Jasper* und *Saurer*))

Dr. Julia Wiemer, LL.M. (University of East Anglia, Norwich), Rechtsanwältin, Mönchengladbach
(§ 38 Ausschreibung nach dem EEG (zusammen mit *Strobel*), § 41 Herkunftsnachweise und Regionalnachweise (zusammen mit *Lindow*), § 42 Strompreisbestandteile (Steuern, Abgaben und Umlagen) (zusammen mit *Strobel* und *Krengel*), § 44 Sektorenkopplung (zusammen mit *Grabia* und *Strobel*), § 45 Eigenverbrauch und Eigenversorgung (zusammen mit *Strobel*), § 47 Einspeisemanagement, Redispatch, § 48 Meldefristen, Fristen, Sanktionen (jeweils zusammen mit *Strobel*))

Janina Winz, Rechtsanwältin, Düsseldorf
(§ 50 Datenschutz)

Eric Witte, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
(§ 18 Verlängerung, Erlöschen und Widerruf von Genehmigungen (zusammen mit *Albrecht*))

Dr. Martin Wittemeier, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Düsseldorf
(§ 27 Anlagenbauverträge (zusammen mit *Prechtl*))

Dr. Bernd Wust, LL.M. (Columbia University, New York), Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht sowie für Bau- und Architektenrecht, Fürth
(§ 4 Erschließung (zusammen mit *Deißler*), § 22 Nutzungsverträge (zusammen mit *Gäßl*), § 29 Wartungs- und Betriebsführungsverträge (zusammen mit *Liauw*))

1. Teil Öffentliches Recht

1. Abschnitt Materielle Anforderungen an Windenergieanlagen

1. Kapitel Öffentliches Baurecht

§ 1 Raumordnung

Literatur: *Agatz*, Windenergie-Handbuch, 19. Aufl. 2023; *Agatz*, Ein Rechtsrahmen für den Windenergieausbau, ZUR 2020, 584; *Agatz*, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren: Bestandsaufnahme und Bewertung, ZUR 2023, 463; *Albrecht/Zschiegner*, Die Untersuchung harter und weicher Tabukriterien als fortwährendes Problem der Windkonzentrationsflächenplanung, NVwZ 2019, 444; *Appel/Ohms/Saurer*, BImSchG, 2021; Arbeitshilfe zum Vollzug des Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (sog. Wind-an-Land-Gesetz) (*Arbeitshilfe Wind-an-Land*), beschlossen durch die Fachkommission Städtebau und den Ausschuss für Recht und Verfahren der Ministerkonferenz für Raumordnung am 3.7.2023; *Baars*, Der neue § 6 WindBG: Go-To-Areas für die Windenergie, UWP 2023, 23; *Bartram*, Die Ziele der Raumordnung. Ein Planungsinstrument im Spannungsfeld zwischen gewachsenem Steuerungsanspruch und verfassungsrechtlichen Anforderungen, 2012; *Beckmann*, Ziele der Raumordnung als Gegenstand verwaltungsgerichtlicher Normenkontrollanträge von Kommunen in Nordrhein-Westfalen, NWVBl. 2021, 181; *Beckmann*, Über Sinn und Unsinn der Einführung einer Soll-Pflicht zur Gestattung von Zielabweichungen durch Änderung des § 6 Abs. 2 ROG, BauR 2023, 18; *Beckmann*, Der Schutz der Wälder durch den Landesentwicklungsplan NRW beim beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, NuR 2023, 289; *Benz/Wegner*, Das Wind-an-Land-Gesetz – neue Grundlagen für die Flächenbereitstellung für die Windenergie, ZNER 2022, 367; *Bielenberg/Spannowsky/Runkel*, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, Loseblattwerk, Stand: Juli 2023; *Bovet/Kindler*, Wann und wie wird der Windenergie substanziell Raum verschafft?, DVBl. 2013, 488; *Bovet/Dross/Kindler*, Bundesweite Flächenvorgabe für den Ausbau der Windenergie an Land, NVwZ 2020, 754; *Bringewat*, Recht- und Verfassungsmäßigkeit des Windenergieplanungssicherstellungsgesetzes (WEPSG), NordÖR 2016, 240; *Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz*, Raumordnung in Bund und Ländern, Loseblattwerk, Stand: März 2023; *Dix*, Repowering-Projekte vor dem Aus?, NVwZ 2020, 184; *Durner*, Konflikte räumlicher Planungen. Verfassungs-, verwaltungs- und gemeinschaftsrechtliche Regeln für das Zusammentreffen konkurrierender planerischer Raumansprüche, 2005; *Durner*, Anmerkung zu BVerfG Beschl. v. 7.12.2021 – 2 BvL 2/15: Verbot des Umschlags von Kernbrennstoffen in den Häfen der Freien Hansestadt Bremen, DVBl. 2022, 300; *Eckhardt*, Die Novelle des Raumordnungsgesetzes, NVwZ 2023, 1777; *Erbguth*, Raumordnung und Fachplanung, DVBl. 2013, 274; *Erbguth*, Rechtsschutz gegen Raumordnungspläne – unter besonderer Berücksichtigung des § 48 UVPG, DVBl. 2018, 897; *Erbguth*, Räumliche Steuerung in der Energie- und Verkehrswende – sektoral oder integrativ?, ZG 2020, 293; *Franke*, Neue Steuerungsinstrumente für den Windkraftausbau?, FS für Ulrich Biedenbender, 2018, S. 201; *Franzius*, Planungsrecht und Regulierungsrecht – Bedeutung dieser Interdependenz für eine geänderte Vorteilszuordnung bei der Windenergie, ZUR 2018, 11; *Gatz*, Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 3. Aufl. 2019; *Gatz*, Planerische Steuerung privilegierter Außenbereichsvorhaben – unter besonderer Berücksichtigung von Windenergieanlagen und oberflächennahem Rohstoffabbau, NWVBl. 2019, 133; *Griese*, Gesetzesvorschläge und Initiativen zur Verbesserung des Ausbaus der Windenergie, ZNER 2022, 27; *Grigoleit/Engelbert/Strothe/Klanten*, Booster für die Windkraft – Aspekte zur Beschleunigung der Windenergieplanung Onshore, NVwZ 2022, 512; *Grotefels*, Integrative Steuerung in der Energie- und Verkehrswende durch Raumordnung, ZUR 2021, 25; *Grotefels*, Windenergiegebiete in der Regionalplanung, in: Festschrift für Stephan Mitschang, 2023, S. 245; *Grotefels*, Vorrang für die Windenergie in der Regionalplanung, EurUP 2024, 58; *Gruber*, Sicherung kommunaler Planungsfreiräume durch Regionalplanung, DÖV 1995, 488; *Haselmann*, Zur bauplanungsrechtlichen Ausschlusswirkung der raumordnerischen Gebietsarten, ZfBR 2014, 529; *Heemeyer*, Zur Abgrenzung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, UPR 2007, 10;

1 § 1 Raumordnung

Hendler, Strategische Umweltprüfung – Eine Zwischenbilanz, EurUP 2023, 286; *Hendler/Kerkmann*, Harte und weiche Tabuzonen: Zur Misere der planerischen Steuerung der Windenergienutzung, DVBl. 2014, 1369; *Hermes*, Planungsrechtliche Sicherung einer Energiebedarfsplanung – ein Reformvorschlag, ZUR 2014, 259; *Hermes*, Der Wind, seine Nutzung und das Eigentum, ZUR 2017, 677; *Hermisdorf*, Die Vorschläge zur Reform der bauplanungsrechtlichen Rahmenbedingungen für Windenergievorhaben auf dem Prüfstand, ZUR 2022, 341; *Herzer*, Neue Flächen in alten Plänen – die Ausweisung zusätzlicher Flächen für die Windenergienutzung nach § 245e Abs. 1 BauGB, BauR 2023, 550; *Herzer*, Digitalisierung der Beteiligung in der Landes- und Regionalplanung – Neuerungen durch das ROGÄndG, UPR 2023, 331; *Herzer*, Kommunale Öffnungsklausel für die Windenergie in § 245e Abs. 5 BauGB 2024, KlimR 2023, 262; *Hilkenbach/Falke*, „Isolierte Positivplanung“ nach § 249 Abs. 1 BauGB als flexibles Planinstrument zur Darstellung von Flächen für die Windenergienutzung, ZNER 2020, 1; *Hinzen*, Plankontrolle durch Umweltverbände. Überindividueller und Interessentenrechtsschutz gegen Pläne und Programme nach dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz, 2023; *Hoppe/Bönker/Grotefels*, Öffentliches Baurecht. Raumordnungsrecht, Städtebaurecht, Bauordnungsrecht, 5. Aufl. 2024; *Ingold*, Auswirkungen von Planungsdefiziten höherstufiger Planungsebenen auf nachgeordnete Pläne, NVwZ 2010, 1399; *Jobs*, Das ergänzende Verfahren zur Behebung von Fehlern in Bauleit- und Raumordnungsplänen, UPR 2016, 493; *Keil*, Wirkungsweise und Grenzen des Windenergieflächenbedarfsgesetzes, ThürVBl. 2023, 269; *Kerkmann/Schröter/Huber*, Die Bedeutung gesetzlicher Moratorien für den Ausbau der Windkraft, EurUP 2022, 289; *Kiesewetter/Oest*, Windenergie im Aufwind. Ausblick auf die aktuellen Gesetzesnovellen zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie an Land, UWP 2022, 138; *Kindler*, Zur Steuerungskraft der Raumordnungsplanung. Am Beispiel akzeptanzrelevanter Konflikte der Windenergieplanung, 2018; *Kindler/Lau*, Der Beitrag der Raumordnung zur Intensivierung der Windenergienutzung an Land, NVwZ 2011, 1414; *Kment*, Rechtsschutz gegen Raumordnungspläne, 2002; *Kment*, Ziele der Raumordnung – Anforderungen an ihre Bestimmtheit, DVBl. 2006, 1336; *Kment*, Das Raumordnungsverfahren – Befristung und Fristverlängerung, NVwZ 2010, 542; *Kment*, Bedingte Konzentrationszonen: Ein neues Gestaltungsmittel des BauGB zur Förderung von Flächenausweisungen für Windenergieanlagen, VerwArch 112 (2021), 459; *Kment*, Weitere Beschleunigung und Optimierung des Raumordnungsrechts – ein Zweites Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes kündigt sich an, UPR 2022, 329; *Kment*, Eine neue Ära beim Ausbau von Windenergieanlagen. Das aktuelle Wind-an-Land-Gesetzespaket in der Analyse, NVwZ 2022, 1153; *Kment*, Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land – Deutschland in der Poly-Krise, NVwZ 2023, 959; *Kopp/Schenke*, Verwaltungsgerichtsordnung: VwGO, 28. Aufl. 2022; *Krawinkel*, Der Infrastrukturausbau im Rahmen der Energiewende benötigt umfassende Planungsinstrumente, ZNER 2012, 461; *Krüsemann*, Artenschutz in der Raumordnung, in: Jarass (Hrsg.), Artenschutzrecht und Planung, 2016, S. 76; *Külpmann*, Von Feigenblättern und Tabuzonen: Entwicklungen des Bauplanungsrechts am Beispiel der Windenergie, DVBl. 2019, 608; *Kümper*, Die kommunale Bauleitplanung als Mittlerin zwischen überörtlicher Raumordnung und Vorhabenzulassung, DÖV 2017, 1030; *Kümper*, Die raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen – Schlüsselbegriff für den Steuerungsanspruch, nicht notwendig auch für die Steuerungswirkung der Raumordnung, UPR 2019, 161; *Kümper*, Über die Vorwirkungen künftiger Konzentrationspläne. Ein Beitrag zur Raumplanung für den Außenbereich, NVwZ 2019, 755; *Kümper*, Konzentrationsplanung für die Windenergienutzung auf regionaler und kommunaler Ebene – zur Vorhabenzulassung bei divergierenden Ausweisungen, UPR 2020, 171; *Kümper*, Grundprobleme der Abweichung von den Zielen der Raumordnung – Teil 1: Grundlagen und materielle Voraussetzungen, UPR 2021, 121; *Kümper*, Grundprobleme der Abweichung von den Zielen der Raumordnung – Teil 2: Verfahrensfragen und behördliche Entscheidung, UPR 2021, 171; *Kümper*, Perspektiven einer Fachplanung für Windenergieanlagen – Überlegungen zur Funktion verschiedener Zulassungsregime, DÖV 2021, 1056; *Kümper*, Drittschutz beim Vollzug von Raumordnungsplänen? Zur Anfechtbarkeit von Zielabweichungsbescheiden durch Hoheitsträger und Private, NuR 2021, 588; *Kümper*, Konzentrationsflächenplanung vor dem Aus? Zur Debatte um eine Reform des Planungs- und Zulassungsregimes für Windenergieanlagen, DVBl. 2021, 1591; *Kümper*, Konzentrationsflächenplanung jenseits von § 35 III 3 BauGB – aus Anlass der Diskussion um den weiteren Ausbau der Windenergie, ZfBR 2022, 25; *Kümper*, Außenbereichsplanung und verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle – Rechtsentwicklung und offene Fragen, ZfBR 2022, 333; *Kümper*, (Keine) Konzentration der raumordnungsrechtlichen Zielabweichung durch die immis-sionsschutzrechtliche Genehmigung? Eine Analyse jüngerer obergerichtlicher Entscheidungen, ZUR

2023, 168; *Kümper*, Fehler bei der Umweltprüfung – Perspektiven der Planerhaltung bei Bauleitplänen und Raumordnungsplänen, ZfBR 2022, 541; *Kümper*, Windenergie im Walde: Befugnisse von Bund und Ländern zur Regelung der Bodennutzung, Anmerkung zu BVerfG Beschl. v. 27.9.2022 – 1 BvR 2661/21, JZ 2023, 612; *Kümper*, Neues zur Abweichung von den Zielen der Raumordnung – Teil 1: Neufassung des § 6 Abs. 2 ROG, ZfBR 2023, 531; *Kümper*, Neues zur Abweichung von den Zielen der Raumordnung – Teil 2: aktuelle Rechtsprechung zur Zielabweichung, ZfBR 2023, 633; *Kümper*, Die jüngsten Änderungen des Raumordnungsgesetzes (ROG) – Analyse ausgewählter Neuregelungen und (punktuelle) Kritik, DVBl. 2023, 1126; *Marquard*, Windenergieplanung ins Ungewisse: § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB als Auslaufmodell?, ZUR 2020, 598; *Menne/Wegner*, Bauleitplanerische Ausweisung zusätzlicher Flächen für die Windenergie, ZfBR 2020, 336; *Meurers*, „Wind-an-Land-Gesetz“: Einführung in die Neuordnung des Planungsrechts zur Ausweisung von Windenergiegebieten, UPR 2023, 41; *Mitschang*, Neuregelungen für Windenergieanlagen. Anforderungen an die Raumordnungs- und Bauleitplanung, 2023; *Münkler*, Flexible Steuerung durch Konzentrationsflächenplanung, NVwZ 2014, 1482; *Münkler*, Vorwirkungen in Aufstellung befindlicher Pläne, DVBl. 2016, 22; *Numberger*, Die Abweichungsgesetzgebung im Raumordnungsrecht aus Sicht eines Bundeslandes (Freistaat Bayern), ZUR 2019, 217; *Operhalsky*, Wind-an-Land-Gesetz ante portas – Ein planerischer Paradigmenwechsel mit vielen Fragen, UPR 2022, 337; *Operhalsky/Strotbe*, Umsetzung der Flächenausweisung für die Windenergie nach dem WindBG im Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW, ZNER 2023, 280; *Osing*, Die Positivplanung von Windenergieflächen nach § 249 Abs. 1 S. 1 BauGB – eine unterschätzte Chance für die Energiewende, NVwZ 2020, 749; *Prall/Gerber*, Furcht vor Wildwuchs – Vorläufige Unzulässigkeit von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein, ZNER 2015, 515; *Raschke/Roscher*, Laues Lüftchen oder starke Brise? Zur Reform des Planungsrechts für Windenergieanlagen an Land, ZfBR 2023, 532; *Reidt*, Die Ausweisung von Windkonzentrationszonen in Raumordnungs- und Flächennutzungsplänen – welcher Plan hat Vorrang?, BauR 2017, 1293; *Rheinschmitt/Köck*, Implementation des Windflächenbedarfsgesetzes in den Ländern. Zum Stand der Umsetzung des 2 %-Flächenziels für die Windenergienutzung, DVBl. 2023, 1389; *Rieger*, § 6 WindBG – die nächste Runde im Konflikt zwischen dem Ausbau der Windenergie und dem Artenschutz, NVwZ 2023, 1042; *Riese/Brennecke*, Beschleunigung des Windenergie-Ausbaus. Behebung der Defizite in der Raum- und Bauleitplanung, UWP 2022, 121; *Riese/Brennecke*, Novelle der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) – Auswirkungen auf Onshore-Windenergie und Photovoltaik, UPR 2024, 1; *Rodi*, Das Recht der Windkraftnutzung zu Lande unter Reformdruck, ZUR 2017, 658; *Sauthoff*, Klimaschutz in der Raumordnung, ZUR 2021, 140; *Scheidler*, Das Verhältnis zwischen Regionalplan und Flächennutzungsplan bei planerischer Steuerung von Windkraftanlagen, ZNER 2012, 124; *Scheidler*, Neuausrichtung der planerischen Steuerung von Windkraftanlagen durch das Wind-an-Land-Gesetz, UPR 2022, 321; *Scheidler*, § 249 BauGB nF als neue Schaltstelle für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Windenergieanlagen, BauR 2022, 1419; *Scheidler*, Das Windenergieflächenbedarfsgesetz als neue Grundlage für die planerische Steuerung der Windenergienutzung, UWP 2023, 67; *Scheidler*, Die Übergangsregelungen des § 245e BauGB zum Systemwechsel bei der planerischen Steuerung der Windenergienutzung, REE 2023, 68; *Scheidler*, Windenergieanlagen an Land. Das Planungs- und Zulassungsrecht in Zeiten einer beschleunigten Energiewende, 2023; *Schlacke/Wiemann*, „Berühren der Grundzüge der Planung“ bei Repoweringvorhaben. Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs im Rahmen des § 245e Abs. 3 BauGB. Rechtsgutachten im Auftrag der Fachagentur Windenergie an Land, 2023; *Schmidt-Eichstaedt*, Plankonkurrenzen bei der Zulassung von Windkraftanlagen, NordÖR 2016, 233; *Schmidt-Eichstaedt*, Die harten und weichen Tabuzonen bei der Windenergieplanung und die Beachtlichkeit etwaiger Fehlzuordnungen, ZfBR 2019, 434; *Schmidt-Eichstaedt*, Die Festlegung von Windenergieflächen – Terminkalender und Pflichtenheft, ZfBR 2023, 10; *Schmidt-Eichstaedt*, Umweltprüfung und Verträglichkeitsprüfung in der Raumordnungsplanung, BauR 2023, 1052; *Schmitz/Lehrian*, Verfahrensbeschleunigung durch oder trotz Raumordnung – Das Raumordnungsverfahren im Kontext aktueller und geplanter Beschleunigungsgesetze, ZfBR 2023, 221; *Schoen*, Landesplanerische Untersagung. Eine Untersuchung zu den bundesrechtlichen Vorgaben des § 12 ROG und den landesrechtlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten, 1999; *Schoen*, Bundesrechtliche Vorgaben zur landesplanerischen Untersagung und Mittel zur Sicherung städtebaulicher Planungsabsichten – eine vergleichende Betrachtung, NuR 2000, 138; *Schrödter* (Hrsg.), BauGB. Kommentar, 9. Aufl. 2019; *Snowadsky*, Ziele und Grundsätze der Raumordnung. Eine rechtstheoretische Untersuchung zur Abgrenzung und Abgrenzbarkeit, 2016; *Spannowsky*, Umfang und Grenzen des Anpassungsgebots nach

1 § 1 Raumordnung

§ 1 Abs. 4 BauGB, ZfBR 2015, 445; *Spannowsky*, Beschleunigter Ausbau der Windkraft- und Photovoltaiknutzung und deren Folgen für die Raumordnungsplanung und Bauleitplanung, ZfBR 2023, 18; *Spannowsky*, Änderungen des Raumordnungsgesetzes, ZfBR 2023, 540; *Spannowsky/Runkel/Goppel*, Raumordnungsgesetz (ROG). Kommentar, 2. Aufl. 2018; *Spitz*, Planung von Standorten für Windkraftanlagen, 2016; *Strotbe*, Möglichkeiten und Grenzen der landesplanerischen Steuerung des Windenergieausbaus. Aktuelle Steuerungsansätze, 2022; *B. Stüer/E.-M. Stüer*, Windenergieplanung vor dem Aus?, BauR 2021, 1735; *Sydow*, Neues zur planungsrechtlichen Steuerung von Windenergieanlagen, NVwZ 2010, 1534; *Thomann*, Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen in Flächennutzungsplänen, 2018; *Tyczewski*, Konzentrationszonen für Windenergieanlagen rechtssicher planen – Illusion oder Wirklichkeit?, BauR 2014, 934; *Uechtritz*, Phasenspezifischer oder konzentrierter Rechtsschutz: Das Beispiel Raumordnungs- und Baurecht, ZUR 2017, 479; *St. Wagner*, Verbindlich oder (ausnahmsweise) doch nicht? Die raumordnungsrechtliche Ewigkeitsfrage der Letztabgewogenheit von Zielen der Raumordnung, ZfBR 2016, 537; *St. Wagner*, Klimaschutz durch Raumordnung, 2018; *St. Wagner*, Das Gebot substanzieller Flächenausweisungen zugunsten der Windenergie als abwägungsrechtliche Wirkung des Klimaschutzbelangs, ZfBR 2020, 20; *St. Wagner*, Die Pflicht zur Ausweisung harter Tabuzonen als Kardinalfehler des Tabuzonenkonzepts, VerwArch III (2020), 220; *St. Wagner*, Auswirkungen des Gesetzespakets zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land auf die Planungspraxis nach BauGB und ROG, UPR 2023, 361; *Wegner*, Fehlerquellen von Windkonzentrationsplanungen – Analyse aktueller Gerichtsentscheidungen, ZfBR 2016, 548; *Wegner*, Fehlerquellen von Windkonzentrationsflächenplanungen – Ein Update, ZfBR 2019, 230; *Wegner/Sailer*, Die räumliche Steuerung des Windenergieausbaus über die Planungs-, Genehmigungs- und Förderebene, ZNER 2019, 80; *Zachow*, Windenergieplanungssicherstellungsgesetz. Eine Untersuchung der Verfassungsmäßigkeit der §§ 18 Abs. 2 und 18a LaplaG unter besonderer Berücksichtigung der raumordnungsrechtlichen Regelungskompetenz der Länder, 2018.

I. Einführung	1	III. Raumordnungspläne (Landes- und Regionalplanung) und ihre Festlegungen	28
II. Windenergieanlagen und Raumordnung – Steuerungsansätze und Rechtsentwicklung	6	1. Die Aufstellung von Raumordnungsplänen – Verfahren und materielle Anforderungen im Überblick	29
1. Die Konzentrationsflächenplanung mit den Rechtswirkungen nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB	7	a) Raumordnungsplanverfahren einschließlich Umweltprüfung ..	30
a) Die Konzentrationsflächenrechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	8	b) Materiell-rechtliche Anforderungen an Raumordnungspläne	36
b) Schwierigkeiten der Planungspraxis und rechtliche Zweifelsfragen	10	2. Festlegungen in Raumordnungsplänen: Ziele und (planerische) Grundsätze der Raumordnung	40
c) Die Diskussion um eine Reform des Windenergieplanungsrechts	11	3. Noch nicht in Kraft getretene („in Aufstellung befindliche“) Ziele der Raumordnung	43
2. Das neue Regime des Windanland-Gesetzes: Bedarfsplanung und Windenergiegebiete	12	4. Raumordnungsplanerische Gebietsfestlegungen: Vorrang, Vorbehalts- und Eignungsgebiete	46
a) Verpflichtung der Länder zur Leistung sog. Flächenbeitragswerte	15	IV. Insbesondere: raumordnungsplanerische Windenergiegebiete iSd § 2 Nr. 1 WindBG	51
b) Ausweisung sog. Windenergiegebiete, Gestaltungsoptionen der Länder	16	1. Die bundesgesetzlichen Vorgaben für die Flächenausweisungen nach dem WindBG	51
c) Verzahnung der Flächenbeitragswerte mit dem Bauplanungsrecht	19	2. Die Umsetzung der bundesgesetzlichen Verpflichtungen in den Ländern	56
d) Überleitungsvorschriften für den Zeitraum bis längstens 31.12.2027	23	3. Anforderungen an die raumordnerische Ausweisung von Windenergiegebieten	58
3. Weitere Ansätze der raumordnungsplanerischen Steuerung der Windenergienutzung	24	a) Zulässiger Festlegungsinhalt	60
		b) Verfahrensrechtliche Besonderheiten?	62

c) Keine Bindung an entgegenstehende Raumordnungsziele	64	5. Positive Vorwirkungen künftiger Windenergiegebietsausweisungen (§ 245e Abs. 4 BauGB)	115
d) Die raumordnungsplanerische Abwägung	68	VI. Instrumente des Vollzugs von Raumordnungsplänen im Überblick	117
4. Feststellung des Erreichens des Flächenbeitragswertes – Anrechnungsmöglichkeiten	72	1. Das Raumordnungsverfahren (seit dem ROG 2023: Raumverträglichkeitsprüfung)	118
a) Die Feststellung der Zielerreichung	73	a) Rechtssystematische Grundlagen	118
b) Die Anrechenbarkeit von Flächen	78	b) Pflicht zur Durchführung einer Raumverträglichkeitsprüfung ...	120
5. Rechtsfolgen bei Erreichen und bei Nichterfüllung des Flächenbeitragswertes	86	c) Ablauf, Prüfprogramm und Wirkung der Raumverträglichkeitsprüfung	125
a) Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB innerhalb der Windenergiegebiete	87	2. Die Zulassung von Abweichungen von den Zielen der Raumordnung ..	128
b) „Entprivilegierung“ außerhalb der Windenergiegebiete	90	a) Rechtssystematische Grundlagen	128
c) Ausnahme von der „Entprivilegierung“ zugunsten des Repowering	93	b) Verfahrensrechtliche Aspekte der Zielabweichung	130
d) Rechtsfolgen der Zielverfehlung nach § 249 Abs. 7 S. 1, 2 BauGB ..	96	c) Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Zielabweichung	136
6. Freiwillige Mehrausweisungen über die Flächenziele des WindBG hinaus	100	d) Die behördliche Entscheidung über die Zielabweichung	141
V. Überleitungsvorschriften zum neuen Windenergieplanungsrecht (§ 245e BauGB)	102	3. Die Untersagung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen	143
1. Fortgeltung bestehender und in Aufstellung befindlicher Konzentrationspläne (§ 245e Abs. 1 S. 1–3 BauGB)	103	a) Rechtssystematische Grundlagen	143
2. Rückausnahme von der Fortgeltung des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB zugunsten des Repowering (§ 245e Abs. 3 BauGB)	107	b) Voraussetzungen der befristeten Untersagung und behördliche Entscheidung	147
3. Änderung und Ergänzung fortgeltender Konzentrationspläne (§ 245e Abs. 1 S. 4–8 BauGB)	108	VII. Besonderheiten des Rechtsschutzes im Raumordnungsrecht im Überblick	151
4. Zurückstellung von Baugesuchen nach § 245e Abs. 2 iVm § 15 Abs. 3 BauGB	110	1. Rechtsschutz gegen raumordnungsplanerische Festlegungen, insbesondere gegen Ziele	152
		2. Rechtsschutz im Zusammenhang mit Abweichungen von Zielen der Raumordnung	166
		3. Rechtsschutz im Zusammenhang mit einer befristeten raumordnerischen Untersagung	170

I. Einführung

Die Raumordnung hat sich historisch aus dem Städtebau und aus interkommunalen Kooperationen entwickelt, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in rasant wachsenden Verdichtungsräumen entstanden („Zweckverband Groß-Berlin“, „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk“) und sich bestimmter Erfordernisse der Siedlungsentwicklung, des Verkehrs etc annehmen sollten, welche die einzelgemeindliche Ebene zu überfordern drohten.¹ In der Bundesrepublik wurde sie – in erster Linie auf der Ebene der Länder – zu einer Verwaltungsaufgabe ausgeformt, die auf eine integrative, dh die einzelnen fachlichen Anliegen verbindende,² Steuerung zahlreicher Raumnutzungen und Raumfunktionen, u.a. etwa der Siedlungsflächenentwicklung und des Freiraumschutzes sowie der Steuerung des Einzelhandels, der Energie- und Rohstoffgewin-

1 Zur geschichtlichen Entwicklung Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz/von der Heide ROG Einf. II Rn.1ff.; im Überblick NK-ROG/Kümper Grundlagen A Rn. 3 ff.

2 Zur integrativen Perspektive der Raumordnung Erbguth DVBl. 2013, 274 (275); Erbguth ZG 2020, 293 (307 ff.).

1 § 1 Raumordnung

nung, gerichtet ist.³ Seit dem grundlegenden **Baurechtsgutachten des BVerfG** vom 16.6.1954, das die Verteilung der Gesetzgebungsbefugnisse zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet des öffentlichen Baurechts betrifft, wird die Raumordnung begrifflich als **überörtliche und überfachliche Planung und Ordnung des Raumes** verstanden.⁴ Dieses Begriffsverständnis liegt auch dem ROG und den Landesplanungsgesetzen zugrunde (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 7 ROG). Als Aufgabe der Raumordnung legt § 1 Abs. 1 S. 1 ROG die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes fest. Dabei ist mit der Ordnung des Raumes die räumliche Zuordnung verschiedener Raumnutzungen und Raumfunktionen gemeint, während die Sicherung des Raumes auf den Schutz des Vorhandenen, die Entwicklung des Raumes auf eine Gestaltung der künftigen Verhältnisse gerichtet ist.⁵

- 2 Das Baurechtsgutachten entfaltet den **Begriff der „Raumordnung“ in Gegenüberstellung zum „Bodenrecht“** (vgl. Art. 74 Abs. 1 Nr. 18 und Nr. 31 GG sowie Art. 75 GG aF). Unter Bodenrecht iSd Grundgesetzes versteht das BVerfG jene öffentlich-rechtlichen Normen, welche „Grund und Boden unmittelbar zum Gegenstand rechtlicher Ordnung haben und die rechtliche Beziehung des Menschen zum Grund und Boden regeln“, die also unmittelbar bestimmen, ob man bauen darf oder nicht.⁶ Dem Bodenrecht ordnet das Baurechtsgutachten insbesondere auch die städtebauliche Planung und das Bauplanungsrecht (→ § 2 Rn. 1ff.) zu.⁷ Die Raumordnung dagegen als überörtliche Planung sei „etwas anderes“ als städtebauliche Planung; sie entfalte ihre rechtlichen Wirkungen „nur innerhalb der verschiedenen Stufen der öffentlichen Verwaltung“⁸ Deutlich wird damit, dass die Raumordnung keine Regelungen bodenrechtlichen Inhalts treffen, also regeln darf, ob ein Grundeigentümer bauen darf oder nicht.⁹
- 3 Die durch das Baurechtsgutachten mit Blick auf die Gesetzgebungsbefugnisse geprägten Begriffsverständnisse sind auch maßgeblich für die Reichweite der raumordnerischen und städtebaulichen Planungsbefugnisse, weil der Bundes- bzw. Landesgesetzgeber die jeweiligen Planungsträger stets allein im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenzen ermächtigen kann.¹⁰ Unbeschadet der grundlegenden Unterscheidung von **Raumordnung und Bodenrecht** sind jedoch beide Materien **eng miteinander verknüpft** und sind jeweils aufeinander angewiesen: Weil die Festlegungen der Raumordnungsplanung keinen bodenrechtlichen Inhalt haben dürfen, bedürfen sie zu ihrer Verwirklichung einer Unterstützung durch die kommunale Bauleitplanung bzw. ggf. durch die Planersatznormen.¹¹ Deshalb haben die Gemeinden nach § 1

3 Die Raumordnung wird daher – ebenso wie die örtliche Bauleitplanung – der „räumlichen Gesamtplanung“ zugeordnet und der sektoral ausgerichteten Fachplanung gegenübergestellt; zur Systematik nur Hoppe/Böcker/Grotefels ÖffBauR/Grotefels § 1 Rn. 9 ff.

4 BVerfG 16.6.1954 – 1 PBvV 2/52, BVerfGE 3, 407 (425); vgl. ferner etwa BVerfG 23.3.2022 – 1 BvR 1187/17, BVerfGE 161, 63 Rn. 69 – BüGemBeteilG MV; BVerfG 27.9.2022 – 1 BvR 2661/21, NVwZ 2022, 1890 Rn. 38 – Windenergie im Walde.

5 Zu diesem Aufgabenspektrum ausführlich Bielenberg/Runkel/Spannowsky RaumordnungsR/Runkel 2. Aufl. 2017 ROG § 1 Rn. 17 ff.; Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel ROG § 1 Rn. 49 ff.

6 Grundlegend BVerfG 16.6.1954 – 1 PBvV 2/52, BVerfGE 3, 407 (423 ff.); zuletzt präzisierend BVerfG 27.9.2022 – 1 BvR 2261/21, NVwZ 2022, 1890 Rn. 34, 36 – Windenergie im Walde: flächenhafte Zuweisung von Nutzungsrechten bei gleichzeitigem Ausschluss anderer Nutzungen.

7 Auch die Flächennutzungsplanung ist danach dem Bodenrecht zuzuordnen, denn die städtebauliche Planung sei eine „einheitliche Gesetzgebungsmaterie“, die Gesetzgebungsmaterie des Bodenrechts werde insofern „in der speziellen Richtung auf das Planungsrecht ausgelegt: BVerfG 16.6.1954 – 1 PBvV 2/52, BVerfGE 3, 407 (425).

8 BVerfG 16.6.1954 – 1 PBvV 2/52, BVerfGE 3, 407 (425, 427).

9 Brügelmann/Gierke BauGB § 1 Rn. 339; Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Runkel BauGB § 1 Rn. 56; NK-ROG/Kümper Grundlagen A Rn. 21.

10 Besonders deutlich Durner Konflikte S. 186. Zur Maßgeblichkeit des Baurechtsgutachtens für die Planungsbefugnisse von Raumordnung, Bauleitplanung und Fachplanung auch NK-ROG/Kment Grundlagen B Rn. 41 ff.; zuletzt Kümper JZ 2023, 612 (612).

11 Mit Blick auf § 1 Abs. 4 BauGB vor allem BVerwG 17.9.2003 – 4 C 14.01, BVerwGE 119, 25 (38); ferner Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Runkel BauGB § 1 Rn. 67; Brügelmann/Gierke/Blessing BauGB § 1 Rn. 424, 434; Kümper DÖV 2017, 1030 (1035 ff.).

Abs. 4 BauGB ihre Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen (→ § 2 Rn. 49 f.); die Planersatzvorschrift zum Außenbereich nimmt in § 35 Abs. 3 S. 2, 3 BauGB auf die Ziele der Raumordnung Bezug (→ Rn. 41 und → § 2 Rn. 40 f.). Andererseits bedarf die kommunale Bauleitplanung der Einbindung in einen überörtlichen gesamtplanerischen Zusammenhang, zumal ggf. die interkommunale Abstimmung der Bauleitpläne nach § 2 Abs. 2 S. 1 BauGB nicht ausreicht, um überörtliche räumliche Konflikte zu bewältigen.¹² Auch kann die Raumordnung der kommunalen Bauleitplanung Gestaltungsoptionen offenhalten, weil sie ihre Vorgaben nach Maßgabe der §§ 4, 5 ROG auch an Fachplanungsträger richten kann, die von der Steuerungswirkung der Bauleitplanung nicht erfasst werden (vgl. § 38 BauGB).¹³

Zentrale **Rechtsgrundlagen** für die Raumordnung sind das **Raumordnungsgesetz (ROG)**,⁴ das zuletzt durch das ROGÄndG vom 3.3.2023¹⁴ novelliert wurde, sowie die **Landesplanungsgesetze**, die hierzu ergänzende (vgl. Art. 72 Abs. 1 GG) und – auf der Grundlage der Befugnis der Länder zur Abweichungsgesetzgebung nach Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GG – auch abweichende Regelungen treffen, insbesondere zur Organisation der Raumordnungsbehörden und der Raumordnungsplanung sowie zu verfahrensrechtlichen Aspekten des Planvollzugs.¹⁵ Wegen der engen Verknüpfung von Raumordnung und Bodenrecht (→ Rn. 3) sind ferner verschiedene Bestimmungen des **Baugesetzbuchs (BauGB)** von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung raumordnerischer Anliegen. Dies gilt in besonderem Maße für die Windenergienutzung, auf deren bauplanungsrechtliche Zulässigkeit die Raumordnungsplanung u.a. im Wege der sog. Konzentrationsflächenplanung Einfluss nehmen konnte (vgl. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB); auch nach dem neuen Windenergieplanungsrecht, das durch das **Wind-an-Land-Gesetz**¹⁶ etabliert wurde, ist die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung intensiv mit dem Bauplanungsrecht verzahnt (zum Ganzen → Rn. 12 ff., → Rn. 19 ff.). Weitere für die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung relevante Bestimmungen enthält das als Teil des Wind-an-Land-Gesetzes(pakets) erlassene **Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG)**, u.a. Vorgaben zur raumordnungsplanerischen Umsetzung der von den Ländern geforderten Flächenbeitragswerte (→ Rn. 51 ff.).

Zur Erfüllung ihres Auftrags zur Ordnung, Sicherung und Entwicklung des Raumes verfügt⁵ die Raumordnung über verschiedene formelle und informelle **Instrumente**; § 1 Abs. 1 S. 1 ROG hebt namentlich die Raumordnungspläne (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 7 und §§ 13, 17 ROG), die raumordnerische Zusammenarbeit (vgl. § 14 ROG) sowie die Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen hervor.¹⁷ Besondere Bedeutung haben – nicht nur für die Windenergienutzung – die **Raumordnungspläne**, denn sie entfalten rechtliche Bindungswirkungen, insbesondere auch für die Bauleitplanung und die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von WEA. § 13 Abs. 1 S. 1 ROG sieht für die Flächenländer eine zweistufige Raumordnungsplanung – landesweiter Raumordnungsplan und Regionalpläne – vor (→ Rn. 28 ff.). Für die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung sind ferner verschiedene **Instrumente**

12 Zu letzterem jüngst BVerwG 23.5.2023 – 4 CN 10.21, NVwZ 2023, 1766 Rn. 19. Insbesondere kann anstelle der von § 2 Abs. 2 S. 1 BauGB geforderten Abwägung eine verbindliche Konfliktlösung in Form von Zielen der Raumordnung notwendig sein.

13 Hierzu allgemein Gruber DÖV 1995, 488 ff.; mit Blick auf den Klimaschutz Sauthoff ZUR 2021, 140 (144).

14 Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften (ROGÄndG) v. 3.3.2023, BGBl. 2023 I Nr. 88; hierzu auch Spannowsky ZfBR 2023, 540 ff.; Eckardt NVwZ 2023, 2023 (1777 ff.); Kümpfer DVBl. 2023, 1126 ff.; zum Referentenentwurf bereits Kment UPR 2022, 329 ff.

15 Das BayLPlG nimmt eine umfassende Abweichungsbefugnis nach Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GG für sich in Anspruch, so dass in Bayern die Vorschriften des ROG keine Anwendung finden (sollen); weiterführend Nummerger ZUR 2019, 217 ff. Der Sache nach ergeben sich hieraus aber nur wenige Unterschiede; daher wird im Folgenden das BayLPlG nicht gesondert dargestellt.

16 Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie an Land vom 20.7.2022, BGBl. 2022 I 1353.

17 Zu den verschiedenen Raumordnungsplänen und den weiteren Instrumenten der Raumordnung weiterführend Hoppe/Bönker/Grotefels ÖffBauR/Grotefels § 3 Rn. 60 ff., 137 ff.

1 § 1 Raumordnung

des **Planvollzugs** von Bedeutung (→ Rn. 117 ff.): das Raumordnungsverfahren – seit dem ROG 2023 „Raumverträglichkeitsprüfung“ (§§ 15, 16 ROG) –, die Zulassung von Abweichungen von Zielen der Raumordnung (§ 6 Abs. 2 ROG) sowie die Untersagung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen (§ 12 ROG).

II. Windenergieanlagen und Raumordnung – Steuerungsansätze und Rechtentwicklung

- 6 Die Raumordnungsplanung kann in unterschiedlicher Weise auf die Windenergienutzung, insbesondere auf die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von WEA, Einfluss nehmen. In den letzten zwei Jahrzehnten stand die an den sog. Planvorbehalt des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB anknüpfende sog. Konzentrationsflächenplanung ganz im Vordergrund (→ Rn. 7 ff.). Da dieser Steuerungsansatz sich jedoch als ungeeignet erweisen musste, um im Sinne der veränderten energiepolitischen Zielsetzungen („Energiewende“) einen verstärkten Ausbau der Windenergiegewinnung zu unterstützen, wurde im Juli 2022 mit dem Wind-an-Land-Gesetz ein neues Windenergieplanungsrecht geschaffen (→ Rn. 12 ff.), dem eine bundesweite Bedarfsplanung für Windenergieflächen zugrunde liegt, welche durch die raumordnerische oder bauleitplanerische Ausweisung von Windenergiegebieten (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2 WindBG) umzusetzen ist (→ Rn. 15 ff., 51 ff.). Über die Ausweisung von Konzentrationsflächen und Windenergiegebieten hinaus beeinflussen auch weitere raumordnungsplanerische Festlegungen die Windenergienutzung, bspw. Abstandsgebote, auf den Naturschutz gerichtete Vorgaben etc (→ Rn. 24 ff.).

1. Die Konzentrationsflächenplanung mit den Rechtswirkungen nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB

- 7 Die sog. Konzentrationsflächenplanung, die nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB sowohl der Raumordnungs- als auch der Flächennutzungsplanung möglich ist (→ § 2 Rn. 15 ff.), hat ihren Hintergrund im Bauplanungsrecht: Nach **§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB** zählen WEA zu den **sog. privilegierten Außenbereichsvorhaben**, sind also nach § 35 Abs. 1 BauGB zulässig, wenn u.a. öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Zugleich mit der Aufnahme des Privilegierungsstatbestandes im Jahre 1996 wurde jedoch in (nunmehr) **§ 35 Abs. 3 S. 3 BauGB** ein **sog. Planvorbehalt** eingeführt:¹⁸ Öffentliche Belange stehen den Anlagen in der Regel auch dann entgegen, soweit hierfür im Flächennutzungsplan oder durch Ziele der Raumordnung eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist, also positiv Standorte ausgewiesen wurden. Hierdurch lassen sich WEA, die aufgrund ihrer Privilegierung vielfach zugelassen werden müssten, auf bestimmte Teile des Außenbereichs konzentrieren (→ § 2 Rn. 6 ff., → § 2 Rn. 15 ff.).¹⁹

a) Die Konzentrationsflächenrechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts

- 8 Von diesem Instrument der Konzentrationsflächenplanung haben die Träger der (regionalen) Raumordnungsplanung (und die der Bauleitplanung) zunächst häufig mit der Zielsetzung Gebrauch gemacht, die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von WEA in ihrem Plangebiet so weit wie möglich auszuschließen.²⁰ Das BVerwG hat jedoch **Windenergie-Verhinderungsplanungen**²¹ ebenso beanstandet wie „**Feigenblatt**“-**Planungen**²² in Gestalt bloß vorgeschobener Standortausweisungen. Es hat aus dem Gebot der raumordnungsplanerischen (bzw. der städte-

18 Eingefügt durch das Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuches vom 30.6.1996, BGBl. 1996 I 1189.

19 Eingehend zum sog. Planvorbehalt Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Söfker BauGB § 35 Rn. 123 ff.; Konzentrationsflächenplanung für Windenergieanlagen in Flächennutzungsplänen/Thomann S. 254 ff.

20 Vgl. hierzu etwa die Beobachtungen von Sydow NVwZ 2010, 1534 (1534); Kindler/Lau NVwZ 2011, 1414 (1419); Dix NVwZ 2020, 184 (185); Mitschang/Reidt S. 51 (57).

21 Grundlegend BVerwG 17.12.2002 – 4 C 15.01, BVerwGE 117, 287 (295): „unter dem Deckmantel der Steuerung“ sollten Windenergieanlagen in Wahrheit verhindert werden.

22 Hierzu ebenfalls grundlegend BVerwG 17.12.2002 – 4 C 15.01, BVerwGE 117, 287 (295 f.).

baurechtlichen, vgl. § 1 Abs. 3 S. 1 BauGB) Erforderlichkeit sowie aus dem raumordnungsplanerischen (bzw. dem bauplanungsrechtlichen, vgl. § 1 Abs. 7 BauGB) Abwägungsgebot (§ 7 Abs. 2 S. 1 ROG) ausdifferenzierte Anforderungen an eine (Flächennutzungs- oder) Raumordnungsplanung entwickelt, welche die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB auslösen soll.

Das BVerwG verlangt insoweit die Erarbeitung eines „**schlüssigen gesamträumlichen Planungskonzepts**“, das die Gründe sowohl für die positiven Standortausweisungen als auch für den Ausschluss von Anlagen im übrigen Plangebiet erkennen lässt. Hierfür sind zunächst diejenigen Bereiche als sog. Tabuzonen zu ermitteln bzw. zu bestimmen, die als Anlagenstandorte nicht in Betracht kommen. Als **sog. harte Tabuzonen** werden Flächen bezeichnet, auf denen die Errichtung und der Betrieb von WEA aus tatsächlichen und/oder rechtlichen Gründen schlechthin ausgeschlossen ist. Liegen derartige Hindernisse nicht vor, soll aber auf bestimmten Flächen nach den Vorstellungen des Planungsträgers die Windenergienutzung dennoch unterbleiben, so ist von **sog. weichen Tabuzonen** die Rede. Nach Abzug dieser Tabuzonen bleiben **sog. Potenzialflächen** übrig, die für Standortausweisungen in Betracht kommen. Diese sind im Rahmen der planerischen **Abwägung** zu konkurrierenden öffentlichen und privaten Belangen in Beziehung zu setzen. Vor dem Hintergrund der Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB verlangt das BVerwG, das **Abwägungsergebnis** müsse **der Windenergiegewinnung „substanziell Raum“ verschaffen**.²³ Hinsichtlich konkreter quantitativer Vorgaben hat es sich aber stets zurückgehalten,²⁴ was mit Rücksicht auf die vom Gesetzgeber den Planungsträgern eingeräumte Gestaltungsfreiheit auch angebracht erscheint.²⁵

b) Schwierigkeiten der Planungspraxis und rechtliche Zweifelsfragen

Die von der Rechtsprechung zur Eindämmung unverhältnismäßig restriktiver – mitunter gar missbräuchlicher – Konzentrationsflächenplanungen entwickelten ausdifferenzierten Anforderungen haben den Planungsträgern jedoch auch unter den **veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen** der „Energiewende“ Schwierigkeiten bereitet. Die Ausweisung von Windenergiestandorten im Wege der Konzentrationsflächenplanung erwies sich als fehleranfällig und rechtlich riskant;²⁶ kaum ein Konzentrationsflächenplan hielt der gerichtlichen Prüfung stand.²⁷ Unsicherheiten bestanden insbesondere hinsichtlich der Unterscheidung „harter“ und „weicher“ „Tabuzonen“²⁸ sowie hinsichtlich der Anforderungen an die „Substantialität“ der Positivausweisungen.²⁹ Infolgedessen mehrte sich in den vergangenen Jahren die Kritik an der Konzentrationsflächenrechtsprechung des BVerwG, und es wurde vor einer Überforderung der Planungsträger gewarnt.³⁰ Weitere **rechtliche Unsicherheiten** bereitete die Frage, nach

23 Zum Ganzen etwa BVerwG 17.12.2002 – 4 C 15.01, BVerwGE 117, 287 (294 ff.); BVerwG 13.3.2003 – 4 C 4.02, BVerwGE 118, 33 (37 ff.); BVerwG 13.12.2012 – 4 CN 1.11, BVerwGE 145, 231 Rn. 9 ff.; zusammenfassend und weiterführend Gatz Rn. 54 ff.; Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Söfker BauGB § 35 Rn. 124a ff.; Maslanton Windenergieanlagen/Falke Kap. 1 Rn. 261 ff.; Scheidler Rn. 27 ff.; Thomann S. 305 ff., 398 ff., 440 ff., 470 ff.; Kindler S. 151 ff.; Spitz S. 67 ff.; Külpmann DVBl. 2019, 608 ff.; Wagner ZfBR 2020, 20 ff.; ders. VerwArch III (2020), 220 ff.; Agatz S. 380 ff., 388 ff., 396 ff.

24 Kritisch etwa Bovet/Kindler DVBl. 2013, 488 (493), denen zufolge die Rechtsprechung allzu geringe Positivausweisungen toleriert.

25 Zutreffend Münkler NVwZ 1014, 1482 (1487); Wagner ZfBR 2020, 20 (28 f.).

26 Instruktive Analysen möglicher Fehlerquellen bei Wegner ZfBR 2016, 548 ff.; Wegner ZfBR 2019, 230 ff.

27 So etwa die Beobachtungen von Wegner/Sailer ZNER 2019, 80 (82); Agatz ZUR 2020, 584 (595); Marquard ZUR 2020, 598 (604).

28 Vgl. etwa Kindler S. 160 ff.; Marquard ZUR 2020, 598 (604); Agatz ZUR 2020, 584 (595 f.), die auf divergierende Entscheidungen der Instanzgerichte zu verschiedenen „Tabu“-Kriterien hinweist und vor diesem Hintergrund eine gesetzliche Regelung fordert; ähnlich Sauthoff ZUR 2021, 140 (147).

29 Bereits Bovet/Kindler DVBl. 2013, 488 (490 ff.); ferner etwa Bovet/Dross/Kindler NVwZ 2020, 754 (755); Marquard ZUR 2020, 598 (604); Sauthoff ZUR 2021, 140 (147).

30 An „Tauglichkeit und praktischer Umsetzbarkeit“ zweifelnd OVG Münster 22.9.2015 – 10 D 82/13, ZNER 2015, 475 (477); ferner Tyczewski BauR 2014, 934 ff.; Hendler/Kerkmann DVBl. 2014, 1369 (1374); Agatz ZUR 2020, 584 (595 f.); Marquard ZUR 2020, 598 (604); Grotefels ZUR 2021, 25 (30); grundsätzlich positive Bewertung bei

1 § 1 Raumordnung

welchem Planwerk sich die Vorhabenzulassung bei einem Aufeinandertreffen **divergierender Konzentrationsflächenplanungen** auf regionaler und kommunaler Ebene zu richten hatte, zB wenn der Träger der Regionalplanung Windenergiestandorte abweichend von der bisherigen (ggf. restriktiveren) Konzentrationsplanung auf der Ebene des Flächennutzungsplans ausweisen wollte.³¹ Gute Gründe sprachen hier für ein Nebeneinander der jeweiligen Ausschlusswirkungen (§ 35 Abs. 3 S. 3 BauGB) beider Pläne,³² die freilich – bis zur Anpassung des Flächennutzungsplans an den nachfolgenden Regionalplan (§ 1 Abs. 4 BauGB) – für einen nicht unerheblichen Zeitraum einen Genehmigungsstopp bewirken konnte.³³ Auch bei Betrachtung nur einer Planungsebene war die Ausweisung zusätzlicher Windenergiestandorte im Anschluss an eine frühere Konzentrationsflächenplanung mit rechtlichen Unsicherheiten verbunden, denn selbst wenn diese zusätzlichen Standorte nicht auf eine Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB gerichtet sein sollten („**isolierte Positivplanung**“), war umstritten, ob dies – vor dem Hintergrund der wechselseitigen Abhängigkeit von Positiv- und Ausschlussflächen im Rahmen der Konzentrationsflächenplanung – ohne die Erarbeitung eines neuen gesamträumlichen Planungskonzepts zulässig sei.³⁴ Das BVerwG neigte zuletzt der Auffassung zu, eine Ausweisung weiterer Windenergiestandorte als reine Positivflächen (ohne Ausschlusswirkung) neben einer bestehenden Konzentrationsplanung sei auch ohne ein erneutes gesamträumliches Planungskonzept zulässig.³⁵

c) Die Diskussion um eine Reform des Windenergieplanungsrechts

- 11 Angesichts dieser Schwierigkeiten gerieten nach der referierten Rechtsprechung des BVerwG auch das Instrument der Konzentrationsflächenplanung selbst und die gesetzliche Regelung in § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB in die Kritik. Mit dem Ziel einer Steigerung des Windenergieausbaus zur Verwirklichung der Energiewende wurde eine **Reform des Windenergieplanungsrechts diskutiert**.³⁶ Die Reformvorschläge zielten teilweise auf eine Abschaffung der Konzentrationsflächenplanung;³⁷ mehrfach wurde gefordert, den Trägern der Regionalplanung und der Bauleitplanung Mindestgrößen für die Ausweisung von Windenergieflächen vorzugeben, die sich an den Windenergieausbauzielen des Bundes ausrichten sollten, wobei die Meinungen darüber auseinandergingen, ob die Raumordnung³⁸ oder aber eine Bedarfsplanung nach fachplanungs-

Münkler NVwZ 2014, 1482 ff.; als „weitgehend unbegründet“ erachtet die Kritik auch Mitschang/Reidt S. 51 (55 f.).

31 Für einen „Anwendungsvorrang“ des Regionalplans VGH Kassel 25.1.2018 – 4 B 11535/17, ZfBR 2018, 382 ff.; ebenso Thomann S. 392 ff.; Reidt BauR 2017, 1293 ff.; Schmidt-Eichstaedt NordÖR 2016, 233 ff.; Agatz S. 393.

32 Dafür auch Gatz Rn. 392, 401; ausführlich Kümpfer UPR 2020, 171 ff.

33 Zur Wirkung in Aufstellung befindlicher Konzentrationspläne als unbenannte öffentliche Belange iSd § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB auch Kümpfer NVwZ 2019, 755 ff.

34 Für die Notwendigkeit einer erneuten Gesamtabwägung Gatz Rn. 555; Dix NVwZ 2020, 184 (189); überzeugend dagegen, weil die Geltung der Privilegierung auf den zusätzlichen Flächen den gesetzlichen Regelfall darstellt (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB) und daher – im Unterschied zur Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB – nicht der Rechtfertigung durch ein gesamträumliches Planungskonzept bedarf, Menne/Wegner ZfBR 2020, 336 (340); vgl. ferner Schrödter/Scheidler BauGB § 249 Rn. 14 ff.; OVG Münster 17.5.2017 – 2 D 22/15, KommJur 2017, 380 (384 ff.); Agatz S. 398 ff.; Hilkenbach/Falke ZNER 2020, 1 ff.

35 BVerwG 23.1.2023 – 4 CN 6.21, NVwZ 2023, 998 Rn. 14 ff., wo sich die Gemeinde allerdings nicht auf eine reine Positivplanung beschränkt hatte und die Frage deshalb nicht abschließend entschieden werden musste.

36 Vgl. zur Diskussion auch Agatz ZUR 2020, 584 ff.; Marquard ZUR 2020, 598 ff.; Kment VerwArch 112 (2021), 459 ff.; Griese ZNER 2022, 27 ff.; Hermsdorf ZUR 2022, 341 ff.; Grigoleit/Engelbert/Strothe/Klanten NVwZ 2022, 512 ff.; Stüer/Stüer BauR 2021, 1735 ff.; Kümpfer DÖV 2021, 1056 ff.; Kümpfer DVBl. 2021, 1591 ff.; Kümpfer ZfBR 2022, 25 ff.

37 So etwa Marquard ZUR 2020, 598 (604 f.), der stattdessen eine Steuerung durch landesgesetzliche Regelungen zu Mindestabständen zur Wohnbebauung nach § 249 Abs. 3 BauGB aF (§ 249 Abs. 9 BauGB nF) befürwortet; Grigoleit/Engelbert/Strothe/Klanten NVwZ 2022, 512 (514 ff.), die für eine teilräumliche Positivplanung durch „Windenergiesatzungen“ nach dem Vorbild des § 35 Abs. 6 BauGB plädieren.

38 Hierfür etwa Wegner ZNER 2019, 80 (83); Bovet/Dross/Kindler NVwZ 2020, 755 ff.; Grotefels ZUR 2021, 25 (31 f.).

rechtlichem Vorbild (vgl. § 12a EnWG)³⁹ hierfür die bessere Steuerungsebene sei.⁴⁰ Wieder andere forderten die bundesgesetzliche Festlegung eines „Windenergie-Beitragswertes“, dessen Erfüllung durch die Träger der Regionalplanung bzw. die Gemeinden Bedingung für den Einsatz der Konzentrationsflächenplanung sein sollte.⁴¹ Aus rechtssystematischer Sicht war die Reformdiskussion insbesondere deshalb angebracht, weil die **Konzentrationsflächenplanung von vornherein nicht als Instrument zur Förderung, sondern als Begrenzung** bzw. Kontingentierung der in § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB genannten Vorhaben konzipiert war:⁴² Der Gesetzgeber hatte sie als Korrektiv der Privilegierung eingeführt, um einem „Wildwuchs“ insbesondere von WEA vorzubeugen.⁴³ Sie konnte aber rechtstechnisch nicht vor dem Hintergrund veränderter energiepolitischer Zielsetzungen zu einem Mittel des forcierten Windenergieausbaus umfunktioniert werden.⁴⁴

2. Das neue Regime des Wind-an-Land-Gesetzes: Bedarfsplanung und Windenergiegebiete

Das Stocken des weiteren Ausbaus der Windenergiegewinnung an Land und das Zurückbleiben hinter den infolge der sog. Energiewende gesteckten Ausbauzielen wurde entscheidend auf die fehlende Verfügbarkeit geeigneter Flächen zurückgeführt.⁴⁵ Da die benötigten Flächen mithilfe der Konzentrationsflächenplanung iSd § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB nicht bereitgestellt werden konnten, hat der mit dem Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von WEA an Land vom 20.7.2022 („**Wind-an-Land-Gesetz**“) speziell für die Windenergie ein neues Planungsrecht geschaffen.⁴⁶ Das Gesetz ist **am 1.2.2023 in Kraft getreten** und umfasst als zentrale Regelungselemente in Art. 1 das „**Windenergieflächenbedarfsgesetz**“ (**WindBG**),⁴⁷ welches die Länder verpflichtet, bis zum 31.12.2027 bzw. bis zum 31.12.2032 bestimmte (Mindest-)Anteile der Landesfläche für die Windenergienutzung vorzusehen (→ Rn. 15 ff., → Rn. 51 ff.), sowie in Art. 2 **weitreichende Änderungen des Bauplanungsrechts in § 245e und § 249 BauGB** (→ Rn. 19 ff., → Rn. 23 ff.).⁴⁸ Damit soll die Zielsetzung des Koalitionsvertrags der Regierungsparteien umgesetzt werden, 2 % der Landesfläche für die Windenergienutzung an Land auszuweisen und dies durch Regelungen im BauGB näher auszugestalten.⁴⁹ Zudem soll der Ausbau

39 Bereits Krawinkel ZNER 2021, 461 (462); eingehend Hermes ZUR 2014, 259 ff.; Hermes ZUR 2017, 658 (658, 667 (682)); Rodi ZUR 2017, 658 (658, 660 f.); Franzius ZUR 2018, 11 (12 f.); Franke in FS Büdenbender, 2018, S. 201 (208 ff.).

40 Außerdem für einen fachplanerischen Ansatz auf Zulassungsebene (Planfeststellung) plädierend Rodi ZUR 2017, 658 (661 f.); tendenziell auch Franke FS Büdenbender, 2018, S. 201 (210); zur Diskussion auch Kümpfer DÖV 2021, 1056 (1061 ff.).

41 So namentlich das Konzept „bedingter Konzentrationszonen“ von Kment VerwArch 112 (2021), 459 ff.

42 Dies betonen mit Recht auch Thomann S. 278; Wagner ZfBR 2020, 20 (24); Marquard ZUR 2020, 598 (600); BVerwG 17.12.2002 – 4 C 15.01, BVerwGE 117, 287 (293): Es verbiete sich, § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB „einseitig unter dem Aspekt der Förderung der Windenergienutzung zu betrachten“. Zum Ganzen auch Kümpfer DÖV 2021, 1056 (1060 f.); Kümpfer DVBl. 2021, 1591 (1594 ff.).

43 Auf den „nach wie vor gebotenen Außenbereichsschutz“ verweisend BT-Drs. 13/4978, S. 7; siehe auch Thomann S. 254 f.; Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Söfker BauGB § 35 Rn. 123.

44 Zutreffend Thomann S. 19: Die Konzentrationsflächenplanung dürfe nicht, „je nach politischer Stimmungslage, dazu genutzt werden, erneuerbare Energieträger zu fördern oder zu verhindern“.

45 Vgl. etwa BT-Drs. 20/5830, 3, 5; Menne/Wegner ZfBR 2020, 336 (336); Scheidler Rn. 4; Kiesewetter/Oest UWP 2023, 138 (138); ferner Kümpfer ZfBR 2022, 25 (25) mwN.

46 Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20.7.2022, BGBl. 2022 I 1353.

47 Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land, Art. 1 des „Wind-an-Land-Gesetzes“.

48 Zu den Neuregelungen auch Arbeitshilfe Wind-an-Land; Scheidler UPR 2022, 321 ff.; Operhalsky UPR 2022, 337 ff.; Kment NVwZ 2022, 1153 ff.; Raschke/Roscher ZfBR 2022, 532 ff.; Benz/Wegner ZNER 2022, 367 ff.; Riese/Brennecke UWP 2022, 121 ff.; Kiesewetter/Oest UWP 2022, 138 ff.; Meurers UPR 2023, 41 ff.; Schmidt-Eichstaedt ZfBR 2023, 10 ff.; Spannowsky ZfBR 2023, 18 ff.; Scheidler UWP 2023, 67 ff.; Kment NVwZ 2023, 959 ff.; Wagner UPR 2023, 361 ff.; Grotefels in FS Mitschang S. 245 ff.; Grotefels EurUP 2024, 58 ff.

49 Vgl. den Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, S. 57, abrufbar unter www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

- § 52 EEG 2023
- § 18 StromNEV **48 29**
- Aufrechnung **48 30**
- Ausfallvergütung **48 22**
- bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung **48 20**
- Bestandsanlagen **48 18**
- Doppelvermarktungsverbot **48 24**
- Höhe der Sanktion **48 26**
- Kleinanlagen **48 21**
- mehrere Pflichtverstöße **48 28**
- Pflichtverletzung **48 19**
- Registermeldung **48 25**
- Sanktion, Fälligkeit **48 30**
- Sanktionen **48 17 f.**
- technische Vorgaben **48 20**
- Verjährungsfrist, verkürzte **48 30**
- Verringerung der Sanktion **48 27**
- verschuldensunabhängig **48 19**
- Vorgaben zur Direktvermarktung **48 21**
- weitere Pflichtverletzungen **48 23**
- Abgrenzung, messtechnische **42 28**
- Abnahme **27 54, 57 ff., 62 ff., 80, 28 32 ff.**
- Abnahmefiktion **28 35**
- Abnahmereife **27 58**
- ausdrückliche Abnahme **28 33**
- Darlegungs- und Beweislast **28 39**
- Eigentumsübergang **28 42**
- Fälligkeit der Schlusszahlung **28 41**
- förmliche **27 59**
- förmliche Abnahme **28 33**
- Gefahrtragung **28 40**
- gemeinsame Zustandsfeststellung **28 36**
- Gewährleistungsfrist **28 38**
- konkludente Abnahme **28 34**
- Rechtsfolge **27 60 f.**
- Abnahmepflicht **43 44, 46 50**
- Abrechnung in Losgrößen **27 45**
- Abregelung
- Mindestfaktor **47 13 f.**
- Rangfolge **47 13 f.**
- Schuldverhältnis, gesetzliches **47 20**
- Abschaltanordnung, Rechtsschutz **20 74**
- Abschattung **5 29**
- Abschlagszahlungen **28 21**
- Abschlussegelt **22 71**
- Abschlusszahlung **43 58 f.**
- Abschneidekriterien **8 16**
- Abchnittsgenehmigung, immissionsschutzrechtliche **17 16**
- Abstand, seismische Station **14 26 f.**
- Abstandsflächen **3 2 ff., 22 1, 47**
- Abstandsbaulast **3 8 f.**
- Abweichung **3 10 ff.**
- Berechnung **3 5 ff.**
- Sonderregelungen **3 3 ff.**
- Abstandsflächenvertrag **22 12**
- Abstandsregelung **5 35**
- Abstimmungspflichten **43 39**
- Abteilung I
- Alleineigentum **23 11 ff.**
- Gesamthandseigentum **23 11**
- Miteigentum **23 11**
- Abteilung II
- Auflassungsvormerkungen **23 16**
- beschränkte persönliche Dienstbarkeiten **23 16**
- eingetragene Rechte **23 15 ff.**
- Grunddienstbarkeiten **23 16**
- Leibgedinge **23 16**
- Nießbrauch **23 16**
- Verfügungsbeschränkungen **23 15**
- Vormerkungen **23 15 f.**
- Widersprüche **23 15**
- Abteilung III, Grundpfandrechte **23 23 ff.**
- Abwägung
- Belange Dritter **10 77 f.**
- forstrechtlich **10 69 ff.**
- Abwehrrecht, Denkmaleigentümer **12 61 ff.**
- Abwendungsklausel, Nutzungsvertrag **22 87**
- ACER **43 69**
- Akteneinsicht, verwaltungsgerichtliches Verfahren **21 24**
- Allgemeine Geschäftsbedingungen **27 3 f., 43 23 ff., 52 ff.**
- Aushandeln, individuell **27 4**
- Flächenpool-Modell **22 20**
- Inhaltskontrolle **27 3, 108 f.**
- Mängelhaftung **27 74, 81**
- Nutzungsvertrag **22 41 f.**

Stichwortverzeichnis

- VOB/B 28 3
- Wirksamkeitskontrolle 27 3, 74, 108 f.
- Allgemeininteresse 31 11
- Alternativenprüfung 8 40 ff.
- Amtsermittlungsgrundsatz 21 64
- Amtsermittlungspflicht, behördliche 15 47
- Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen, Rechtsschutz 20 46
- Änderungsanzeige 15 121 ff.
- Anzeigepflicht 15 122
- Freistellungserklärung 15 129 f.
- Verfahren 15 126 ff.
- Änderungsgenehmigung
- Änderungsbegriff 15 132 ff.
- Bagatellklausel 15 133
- Bescheid 15 149
- Delta-Prüfung 15 140
- fakultative 15 125
- Genehmigungspflicht 15 131 ff.
- privilegierte Leistungserhöhung 15 141 ff.
- Prüfungsgegenstand 15 135
- Prüfungsmaßstab 15 136
- Repowering 15 150 ff.
- Typenwechsel 15 138 ff.
- Verfahren 15 144 ff.
- Verfahrensart 15 145 f.
- Verfahrensfrist 15 148
- Änderungsvorhaben 10 66
- Anfechtungsklage 1 167, 170, 13 52, 54
- Anlagenänderung 15 19
- Abgrenzung zur Neuerrichtung 15 20
- Anlagenbauvertrag
- Abgrenzung Vertragstyp 27 1 f., 5 ff.
- Abnahme 27 54, 57 ff., 62 ff., 80
- Abrechnung in Losgrößen 27 45
- Allgemeine Geschäftsbedingungen 27 3 f., 29, 74, 81, 108 f.
- Änderungen, technische 27 12 f.
- Anzahlung 27 49, 110 ff.
- aufschiebende Bedingungen 27 110 ff.
- Auftraggeber 27 1, 14 ff.
- Auftraggeber, Annahmeverzug 27 20
- Auftraggeber, Mitwirkung 27 14 ff., 22 ff.
- Auftragnehmer 27 1
- Bauvertrag 27 2, 6 ff., 39 f., 65, 75, 97
- Behinderungen 27 18 ff.
- Bodengrundgutachten 27 16
- Bonusregelung 27 34
- Bürgschaft 27 48 ff., 110 ff.
- Definition der Schnittstellen 27 10
- Eigentumsvorbehalt 27 64
- Erstattung von Mehrkosten 27 28
- Garantie-/Beschaffensvereinbarungen 27 83 ff.
- Gefahr- und Eigentumsübergang 27 62 ff.
- Genehmigung, immissionsschutzrechtliche 27 110 ff.
- Haftpflichtversicherung 27 105 ff.
- Haftung 27 89 ff.
- Haftungsbegrenzung 27 90 ff.
- Handling-Fee 27 10, 46
- höhere Gewalt 27 31, 102 ff.
- Inbetriebnahme 27 54 ff., 62
- Inkrafttreten 27 110 f.
- Kaufvertrag 27 2, 6 ff., 38, 61, 65, 75, 96
- Kündigung 27 35, 95 ff.
- Legal DD 35 161 ff.
- Liefer- und Leistungsumfang 27 9 ff., 46
- Mängelhaftung 27 65 ff.
- Netzanschlusszusage 27 110 ff.
- Open-Book-Abrechnung 27 46
- Option 27 11
- pauschalierter Schadensersatz 27 33
- Probetrieb 27 54 ff.
- Ratenzahlung 27 42 ff.
- Risikobereich 27 24 ff.
- Rücktritt 27 35, 95, 100 f.
- Schadensersatzansprüche 27 22
- Schlechtwetter 27 21 ff., 31
- schlüsselfertige Lösung 27 10
- Sicherheiten 27 48 ff.
- Sicherungsübereignung 27 48, 64
- Streitbeilegung 27 108 f.
- Terminüberschreitung 27 27, 30 ff., 103 f.
- typengemischter Vertrag 27 5
- Verfügbarkeitsgarantie 27 92 f.
- Vergütung 27 36 ff.
- Vergütung, aufwandsorientierte 27 40
- Vergütung, leistungsorientierte 27 40
- Vertragsanpassung 27 103
- Vertragslücke 27 2
- Vertragsmuster 27 4
- Vertragsschwerpunkt 27 5, 7 f.
- Vertragsstrafe 27 33
- Verzögerung 27 18 ff.

- Verzugsschadensersatzanspruch 27 31 f.
- Werklieferungsvertrag 27 2, 6 ff., 38, 75, 96
- Werkvertrag 27 2, 6 ff., 39 f., 65, 75, 96
- Zahlungsmeilensteine 27 41 ff.
- Anlagenbetreiber, EEG 37 6
- Anlagenverantwortung 29 36
- Anleihe 33 6 f., 34 ff., 38, 62
- Anordnung 28 18 f.
- Anordnungen, nachträgliche, Eingriffsregelung 6 151 ff.
- Anrechnung von Kompensationsmaßnahmen 6 35 ff.
- Anschlussfinanzierung 32 39
- Anstoßwirkung, öffentliche Bekanntmachung 15 69
- Anteile Direktvermarktung, EEG 37 24
- Anteilskauf 34 11 ff.
- Antikollisionssysteme, Datenschutz 50 16
- Antragsgegenstand, Änderung 15 111 ff.
- Antragstellung 41 2
- Antragsunterlagen 15 45 ff.
- Änderung 15 54 f.
- Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse 15 49 ff.
- Nachforderungen 15 58
- Partei- bzw. Privatgutachten 15 47
- Anwartschaftsrecht 32 67
- Anwendungsbereich des EEG 37 2 ff.
- Anzahlung 28 23
- Anlagenbauvertrag 27 49, 110 ff.
- Anzeigepflicht, Stilllegung 15 21
- Anzeige Rodungs- und Baubeginn 6 128
- Anzulegender Wert 39 22 ff.
- Äquivalenzverhältnis 43 61
- Arhus-Konvention
- Heilung 21 91
- verwaltungsgerichtliches Verfahren 21 2
- Arten, charakteristische 8 13
- Beeinträchtigung von 8 18
- Artenschutz 1 32, 63, 16 19, 45, 50 f., 53, 18 42
- Abgrenzung zum Habitatschutzrecht 9 7 ff.
- Abgrenzung zur Eingriffsregelung 9 11 f.
- Allerweltsarten 9 26
- allgemeiner 9 6
- Alternativenprüfung 9 92 ff.
- Alternativstandorte 9 96 ff.
- Artenhilfsprogramm 9 109 f., 152 ff.
- Ausführungsvarianten 9 93
- Ausnahme 9 85 ff.
- Ausnahmegründe 9 88 ff.
- Basisschutz 9 100 f.
- Befreiung 9 114
- besonderer 9 4 ff.
- Bestandserfassung 9 28 ff.
- CEF-Maßnahmen 9 80 ff.
- Daten 9 34, 137 ff., 143 f.
- EU-Notfallverordnung 9 124
- Fachbeitrag 9 21
- FCS-Maßnahmen 9 106 ff.
- Fortpflanzungsstätten 9 75
- gerichtliche Kontrolldichte 9 39 ff.
- geschützte Arten 9 19 f.
- Habitatpotentialanalyse 9 59 f.
- indirekter Artenschutz 7 9
- Maßnahmenkonzept 9 36 ff.
- Minderungsmaßnahmen 9 141 ff.
- naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative 9 39 ff.
- Pflanzen 9 84
- Population 9 72 ff.
- Raumnutzungsanalyse 9 61
- Relevanzprüfung 9 24 ff.
- Repowering 9 115 ff.
- Rotmilan-Beschluss 9 43
- Ruhestätten 9 75
- Schädigungsverbot 9 75 ff.
- Signifikanzkriterium 9 45 ff., 49 ff.
- Störungsverbot 9 70 ff.
- Tötungsverbot 9 44
- Unionsrecht 9 13 ff.
- Verschlechterungsverbot 9 102 ff.
- Windenergiegebiet 9 126 ff.
- Zahlungspflicht 9 152 f.
- zumutbare Alternativen 9 94
- as-forecasted 43 33 ff.
- as-nominated 43 33
- as-produced 43 30 ff.
- Asset Deal
- Asset Purchase Agreement 34 10
- Einführung 34 6 ff.
- Einkommensteuer 49 98 ff.
- Singularsukzession 34 7 ff.
- Asset Purchase Agreement, bewegliche Sachen 36 22 ff.
- Asset Purchase Agreement 34 10, 36 3 ff.
- Anteile 36 25

Stichwortverzeichnis

- Arbeitsverhältnisse 36 53
- Baugenehmigung 36 63
- Beschränkte persönliche Dienstbarkeiten 36 43 ff.
- Bestimmtheitsgrundsatz 36 72 ff.
- Beteiligungen 36 25
- BImSchG-Genehmigung 36 56 ff.
- Closing Accounts 36 95
- Closing Actions 36 124
- Closing Conditions 36 123
- dingliche Rechte 36 42 ff.
- Earn-out 36 99 f.
- EEG-Zuschlag 36 66
- Erbbaurecht 36 17 f.
- Erwerbsgesellschaft in Gründung 36 67 ff.
- Firma 36 54
- Forderungen 36 26
- Formerfordernisse 35 196 ff.
- Freistellungen 36 115
- Genehmigung 36 55 ff.
- Gewährleistungen/Garantien 36 102 ff.
- GmbH 36 71 ff.
- Grunddienstbarkeiten 36 51
- Grundstückskauf 36 17 ff.
- Haftung 36 102 ff.
- Haftungsausschlüsse 36 112
- Haftungsbeschränkungen 36 113
- Inhalt 36 88 ff.
- Käufer 36 9
- Kaufgegenstand 36 5, 10 ff.
- Kaufpreisregelungen 36 91 ff.
- Kommanditgesellschaft 36 68 ff.
- Locked Box 36 92 f.
- Netzanschluss 36 64 f.
- Parteien 36 7 ff.
- Projektrechte 36 52
- Recht 36 14 ff.
- Sicherheiten 36 116 ff.
- Steuerrecht 36 84
- Verbindlichkeiten 36 27 ff.
- Verkäufer 36 7 f.
- Vertragsübernahme 36 33 ff.
- Vollzugshandlungen 36 124
- Vollzugsvoraussetzungen 36 123
- Vormerkung 36 48 ff.
- W&I-Versicherung 36 120
- Zustimmung 36 75 ff.
- Aufforstungsgenehmigung 10 92
- Aufhebungsvereinbarung 28 62
- Aufl. 13 30
- Auflage, Rechtsbehelf 21 17
- Auflagen, verwaltungsgerichtliches Eilverfahren 21 119
- Auflagenvollzug, Rechtsbehelf 21 17
- Auflagenvorbehalt, Zulässigkeit in Nebenbestimmungen 6 108
- Auflassung 25 27 f.
- Auflockerungsrechtsprechung 22 24, 104
- Aufschiebende Wirkung 21 18, 113
- Aufsichtsmaßnahmen, Rechtsbehelf 21 17
- Auftragsbekanntmachung 31 9
- Auftragsgegenstand 31 21
- Auftragswert 31 21
- Auftragswertschätzung 31 8
- Ausbaupfad 38 11
- Ausbauplan 13 7
- Ausbauziele 38 10
- Ausfallvergütung 32 19, 39 65 ff.
- Ausführungsplanung, Verpflichtung zu Vorlage in Nebenbestimmungen 6 127
- Ausgleich, naturschutzrechtlicher 6 44 ff.
- Ausgleichsregelung, besondere 42 12 f.
 - produzierende Unternehmen 42 13
- Ausgleichs- und Ersatzgebot, naturschutzrechtliches 6 16 ff.
 - Anforderungen 6 25
 - Aufwertung der Fläche 6 27
 - Aufwertungsfähigkeit und -bedürftigkeit 6 28
 - Begründung 6 139 ff.
 - Bevorratung von Kompensationsmaßnahmen 6 61 ff.
 - Bewertung und Ableitung 6 21 f.
 - Eingriff in mehrere Schutzregime 6 34 ff.
 - Einschätzungsprärogative, behördliche 6 21 ff.
 - Ersatzzahlung 6 73 ff.
 - Frist 6 39 ff.
 - gebündelte Kompensation 6 33 ff.
 - Kompensationsarten 6 43 ff.
 - land- und forstwirtschaftliche Flächen 6 60
 - multifunktionale Maßnahmen 6 33 ff.
 - Nebenbestimmungen, Zulässigkeit 6 114 ff.
 - Obergrenze? 6 85
 - Ökokonten 6 61 ff.
 - Sicherung 6 50 ff.

- Sicherung der Durchführung 6 56 ff.
- Unterhaltung 6 50 ff.
- Verantwortlichkeit 6 59
- Verfügbarkeit der Fläche 6 38
- Verhältnismäßigkeit 6 42
- Vollkompensation 6 26
- Wahl der Maßnahmen 6 20
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen 22 1, 47
- Ausländische Herkunftsnachweise 41 17
- Auslegung, Nutzungsvertrag 22 14
- Auslegung, öffentliche 15 72 ff.
- Auslegungsfrist 15 74
- Auslegungsort 15 75
- Auslegungszeit 15 76
- Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse 15 80
- Einwendungen 15 82 ff.
- Einwendungsform 15 88
- Einwendungsfrist 15 85 ff.
- erneute Auslegungspflicht 15 79
- Umfang 15 77 ff.
- Unterlagen 15 77 ff.
- Ausnahme, artenschutzrechtliche 9 85 ff.
- Ausnahme, Habitatschutz 8 32 ff.
- Ausschließlichkeit 39 4
- Ausschließlichkeitsprinzip, EEG 37 18
- Ausschlusswirkung 20 20
- Ausschreibung 41 51, 55
- Akteursvielfalt 38 20
- Anlagengebundenheit 38 81
- Anlagenkombination mit Wasserstoff 38 9
- Anreizsetzung 38 2
- Ausschlussgrund, fakultativ 38 22
- Ausschlussgrund, obligatorisch 38 21
- Ausschreibungsverfahren 38 19 ff., 24, 27 f., 30 f., 33, 35, 37, 39, 41 f., 44, 50 ff.
- Bekanntgabe 38 65
- BImSchG-Genehmigung 38 31
- BImSchG-Genehmigung, geänderte 38 83
- Drittrechtsbehelf 38 75
- Eigenerklärung 38 24
- Entwertung 38 80
- Erstattung 38 51 f.
- Fallstricke 38 69
- Fördersystem, wettbewerbliches 38 1
- Formatvorgaben 38 28
- Gebot, Bindung 38 41
- Gebot, Frist 38 39
- Gebot, Rücknahme 38 42
- Gebote, Höchstanzahl 38 35
- Gebotslegung 38 27
- Gebotstermin 38 17, 40
- Geheimwettbewerb 38 27
- Höchstwert, gesetzlicher 38 3
- Inbetriebnahme 38 72
- Innovationsausschreibung 44 63
- Kennzeichnungspflicht 38 36
- nach Genehmigungserteilung 31 53
- Pflichtangaben 38 30
- Projektrealisierung 38 69 ff., 75, 78, 84
- Realisierungsdauer 38 71
- Realisierungsfrist 38 70, 73, 75, 78
- Rechtsschutz 20 86, 38 96
- Sicherheitsleistung 38 44, 51
- Sorgfaltsmaßstab 38 19
- Strafbzahlungen 38 84
- Unternehmen in Schwierigkeiten 38 24
- Verfahrensablauf 38 54
- Verfahrensgebühr 38 50, 52
- Verlängerung 38 73, 75, 78
- vor Genehmigungserteilung 31 52
- Zusatzangaben 38 33
- Zusatzgebote 38 37
- Zuschlag 38 63, 65, 80 f.
- Zuschlagsgrenze 38 63
- Zuschlagsverfahren 38 53 f., 63
- Ausschreibungsbezogene Pflichten 48 31
- Ausschreibungspflicht 38 5
- Ausnahmen 38 6
- Direktvermarktung, sonstige 38 8
- Ausschreibungs- und Zuschlagsbedingungen 38 18
- Ausschreibungsverfahren 32 19
- Ausschreibungsvolumen 38 14
- Unterzeichnung, drohend 38 16
- Ausschreibungs Zuschlag 32 24
- Ausschüttungen 32 9, 33
- Ausschüttungsglättung 32 30
- Außenbereich 10 13 f.
- Aussetzung
- Heilung materieller Fehler 21 87
- Heilung Verfahrensfehler 21 84
- Ausübungsbereich
- rechtlicher 23 70 ff.
- tatsächlicher 23 70 ff.
- Verlegung 23 87

Stichwortverzeichnis

Auswirkungen, relevante, Habitatschutz

8 5

AwSV

– Anforderungen an die Rückhaltung

11 42

– Anforderungen in Wasserschutzgebieten

11 46

– Anlagenbegriff 11 37

– Fachbetriebspflicht 11 45

– Gefährdungsstufen 11 45

Baden-Württemberg 10 25

Bagatellschnellen, Habitatschutz 8 17

bankability 32 8

Bankbürgschaft, Rückbau 22 91

baseload 43 35 f.

Baubegleitung, ökologische, Zulässigkeit

6 111

Bauhandwerkersicherung 28 60

– Kündigung 28 60

– Leistungsverweigerungsrecht 28 60

Baulast 23 101

– Abgrenzung beschränkte persönliche

Dienstbarkeit 23 101

Baulasten 23 47

– Einsichtsrecht 35 120

– Wege- und Abstandsflächen 23 47

Baulastverzeichnis 23 101

Bauleitpläne 2 3

Bauleitplanung, Eingriffsregelung 6 170 ff.

Bauordnungsrecht, Klagebefugnis 21 56

Bauplanungsrecht 1 2

– Abwägung 2 28 ff., 52, 93, 97

– Abwägung, nachvollziehende 2 11 f.

– Anpassungspflicht 1 41, 82, 100, 2 49 f.,
69 f., 85

– Ausnahme 2 16

– Ausschlusswirkung 1 7, 103 ff., 115,
2 15 ff., 23, 28, 78, 89 ff., 94

– Außenbereich 2 5 ff.

– Baugrenzen 2 56

– Bebauungsplan 2 3, 42, 45 ff., 50 f.,
53 ff., 68

– Befreiung 2 16

– Entwicklungsgebot 2 51, 56

– Erneuerbare Energien 2 27, 72, 110 ff.

– Flächenbeitragswerte 2 19 ff., 66 f.

– Flächennutzungsplan 2 3, 45 ff., 51,
53 ff., 62 ff., 68, 80 ff., 89 ff.

– gemeindliches Einvernehmen 2 43 f.

– Grundlagen 2 1 ff.

– Grundzüge der Planung 2 16

– Höhenbestimmungen 2 55 f.

– isolierte Positivplanung 1 108 f.

– Klagebefugnis 21 51

– Konzentrationsflächenplanung 2 15 ff.

– Länderöffnungsklausel 2 34 ff.

– Mindestabstandsregelungen 2 34 ff.

– öffentliche Belange 1 43 ff., 146, 2 7 ff.,
31 ff.

– Planerhaltung 2 96 ff.

– Planrechtfertigung 2 48

– Plansicherung 1 110 ff., 2 43, 57 ff., 80 ff.

– Planverfahren 2 46, 97

– Planvollzug 2 48

– Planvorbehalt 2 15

– Privilegierung 1 7, 20 ff., 76 f., 80, 86 ff.,
93, 97, 115, 157, 2 9 ff., 13 f., 23 ff., 29 f.,
34 ff., 71 f., 105 ff., 109 ff.

– Rechtsschutz 2 87 ff.

– Repowering 1 93 ff., 107, 114, 2 73 ff., 78,
84

– Sondergebiet 2 42, 56

– sonstige Vorhaben 1 20 ff., 76 f., 80,
86 ff., 90, 2 9 ff., 23, 29

– Substanzgebot 2 17

– Tabuzonen 2 17

– Teilplan, sachlicher 2 54

– Überleitungsvorschriften 1 23, 102 ff.,
2 77 ff., 94

– Umweltprüfung 2 46, 112

– Untersagung, vorläufige 2 61

– Veränderungssperre 2 4, 58 f., 100 f.

– Windenergiegebiete 2 19 ff., 66 ff.

– Wohnbebauung 1 98

– Wohnnutzung 2 37

– Ziele der Raumordnung 2 25, 31 f., 40 f.,
49 f., 69 f.

– Zulässigkeit von Vorhaben 1 19 ff., 2 5 ff.

– Zurückstellung von Baugesuchen 2 4,
60 ff., 80 ff., 100 ff.

Bausoll 28 4 ff.

Baustelleneinrichtungsfläche 10 39 f., 54 f.

Bauvertrag 28 1 ff.

– Anlagenbauvertrag 27 2, 6 ff., 39 f., 65,
75, 97

Bauwerk 27 76 ff.

– Begriff 24 8 ff.

– feste Verbindung 24 7

– Mast 24 11

– Oberfläche 24 8

- Scheinbestandteile 27 77
- Turm 24 11
- Windenergieanlage 24 9 f.
- Bauzeitbeschränkung, naturschutzrechtliche, Zulässigkeit 6 111
- Bayern 10 25
- Bebauungsplan
 - Eingriffsregelung 6 170 ff.
 - Rechtsschutz 20 27
 - vorhabenbezogener 16 12
- Bedarfsgerechte Nachkennzeichnung, EEG 37 40 ff.
- Bedarfsgerechte Nachkennzeichnung, Legal DD 35 147
- Bedingung 2 73
 - Zulässigkeit in Nebenbestimmungen 6 107
- Bedingung, aufschiebende 43 73 f.
- Bedrängung, optische 2 33
- Beendigung, vorzeitige 43 55 ff.
- Befreiung 7 47 ff.
 - Abwägung 7 52 ff.
 - Antrag 7 60 ff.
 - Atypik 7 48 f., 56
 - Kompensationspflicht 7 59
 - Naturschutzvereinigungen 7 65 f.
 - öffentliches Interesse 7 49
 - Standortalternativen 7 51
 - überragendes öffentliches Interesse 7 54 ff.
 - Unzumutbare Belastung 7 57 f.
 - Zuständigkeit 7 63
- Befreiungsermessen 7 67
- Behördenbeteiligung 1 34 f., 2 46, 16 66 ff.
 - Genehmigungsverfahren 15 61 ff.
 - grenzüberschreitende 15 96
 - Stichtagsregelung 15 63
 - verwaltungsinterne Zustimmungen 15 64
- Behördenüberwachung 19 3
 - Immissionsschutzrecht 19 7 ff.
 - Kosten 19 9
- Beihilfe 31 19
- Beiladung 21 44
- Bekanntmachung, öffentliche
 - Anstoßwirkung 15 69
 - Inhalt 15 70 f.
- Bekanntmachung auf Antrag 21 61
- Belastungen, dingliche Rechte 24 36 ff.
- Belastungsvollmacht 25 21 f.
- Belieferung Dritter 48 42
 - Registrierungspflicht 48 43
- Benehmen 13 24
- Berichtspflicht 6 129 ff.
- Berlin 10 25
- Beschleunigungsgebiete, Habitatschutz 8 47 ff.
- Beschleunigungsgesetzgebung 20 3
- Beschleunigungsgrundsatz, verwaltungsgerichtliches Verfahren 21 27
- Beschränkte persönliche Dienstbarkeit 24 39, 32 62, 112 f., 119
 - Abgrenzung Baulast 23 100 f.
 - Abgrenzung Erbbaurecht 23 99
 - Abgrenzung Grunddienstbarkeit 23 95 ff.
 - Asset deal 23 49
 - Ausnahme von der Personengebundenheit 23 52 ff.
 - Ausübungsbereich 23 67 ff.
 - Befristung, Bedingung 23 82 ff.
 - Begriff 23 40 ff.
 - bei Sonderkündigung des Nutzungsvertrages 23 60
 - Bestellung 23 56
 - Bestimmtheitsgrundsatz 23 65 f.
 - Einreichung beim Grundbuchamt 23 63
 - für Leitungen 23 54
 - Inhaltsänderung 23 87 ff.
 - Löschung 23 58 f., 85
 - Muster als Anlage 23 61
 - öffentliche Beglaubigung 23 62 ff.
 - Rang 23 50 f.
 - Rangbereite Stelle 23 75
 - Ranggerechte Eintragung 23 74 f.
 - Rechtswirkung 23 41 f.
 - Sicherung der Scheinbestandteilseigenschaft 23 43 ff.
 - Sicherungsabrede 23 59
 - Teilung des Grundstücks 23 68
 - Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche 23 42
 - Unübertragbarkeit 23 48 ff., 55
 - Vormerkung 23 51
 - wesentliche Rechtsfragen 23 64
- Beschwerde 23 39
- Beseitigungsanordnung 19 43 ff.
 - Rechtsschutz 20 68
- Besicherungen 32 46

Stichwortverzeichnis

- Besicherungssituation 32 101
- Besondere Ausgleichsregelung 42 49
- Besorgnisgrundsatz 11 29, 36
- Bestandschutz, Immissionsschutzrecht 17 6
- Bestandserfassung, Habitatschutz 8 10
- Bestandsschutz, präventiver 20 53
- Bestellung, Einigung und Eintragung 23 56 f.
- Bestimmtheitsgrundsatz 24 40, 36 72 ff.
- Bestimmtheit 2 74
 - Nebenbestimmungen 6 109
- Betreiber, Nutzungsvertrag 22 3
- Betreiberkapital-gesellschaft
 - Kapitalertragsteuer 49 27
 - Teileinkünfteverfahren 49 28
- Betreiberwechsel 32 112
 - Genehmigungspflicht 15 19
- Betretungsrecht 19 8
- Betriebsaufspaltung 49 18
- Betriebsführungsvertrag 29 63 ff.
 - kaufmännische Betriebsführung 29 74 ff.
 - Laufzeit 29 75 ff.
 - technische Betriebsführung 29 70 ff.
 - Vergütung 29 80
- Betriebsstätte, mehrgemeindliche
 - Arbeitslöhne 49 55
 - Zerlegungsmaßstab 49 54
- Betriebsuntersagung 18 54
- Beurkundung
 - Beteiligte 25 5 ff.
 - beurkundungsbedürftige Verträge 25 2
 - Umfang 25 3
 - Vertragsänderungen 25 4
- Beurteilungsspielraum 13 25, 40, 48 f., 51, 53, 16 46, 49 f., 53
 - DWD 14 11
- Bevorratung von Kompensationsmaßnahmen 6 61 ff.
- Beweislast, Mängelhaftung 27 68
- Bewertung von Auswirkungen, Habitatschutz 8 11, 14
- Bieterverfahren 35 6
- Bilanzkreis 43 62
 - fiktive Sortenreinheit 39 30
 - Post-EEG-Anlagen 39 29 f.
 - Sortenrein 39 28 ff., 47
- BImSchG-Windenergieanlage
 - Rechtsbehelf 21 11, 15
- UmwRG 21 6
- Binding Offer 35 6
- Bindungswirkung, Teilgenehmigung 17 25 ff.
- Binnenmarktrelevanz 31 54
- Biosphärenreservat 7 43 ff.
 - Schutzgegenstand 7 45 f.
 - Schutzwirkung 7 45 f.
 - Schutzzweck 7 44
 - Zonierung 7 45
- Biotopschutz 11 16
- Blindpool-Verbot 33 3, 40, 203 ff.
- Blockierung anderer Anlagen 18 7 f.
- Bodenerhebungen 13 10
- Bodengrundgutachten 27 16
- Bodenrecht 12, 2 1
- Brandenburg 10 25
- Brandschutz 3 19
 - Allgemeines Lebensrisiko 3 22
 - Brandschutzkonzept 3 20
 - Feuerlöschanlagen 3 21
- Braunkohleabbau 2 14
- Braunkohleplanung 1 85, 2 109 ff.
- Break-up Fee 35 45, 43 74
- Bremen 10 25
- Bundesdatenschutzgesetz 50 5
- Bundeswaldgesetz 10 16 ff.
- Bürgerbeteiligung 33 2 ff., 47 ff.
 - Datenschutz 50 65
- Bürgerbeteiligungen, Datenschutz 50 13, 37
- Bürgerenergiegesellschaft 33 50 f., 170
- Bürgerschaft
 - Anlagenbauvertrag 27 48 ff., 110 ff.
 - Vertragserfüllungsbürgerschaft 27 110 ff.
- Cashflow, stabiler 43 3 ff.
- Cash Flow Available for Debt Service 32 11
- Cashflows 32 4
- Cash Sweep 32 31
- CFADS 32 11
- Change-in-Law 43 60
- Closing 35 201, 209 ff.
 - Closing Conditions 35 202 ff.
 - Closing Confirmation 35 211
 - Vollzugsbedingungen 35 204 ff.
 - Vollzugsvoraussetzungen 35 203
- Covenants 32 6
- Darlegungslast 13 19

- Daten 50 11
 - Messwerte 50 59 f.
 - Nutzungsdaten 50 11, 49
 - personenbezogen 50 8
 - Protokolldaten 50 11, 49
 - sensitive 50 52
 - Verarbeitung 50 9
 - verschlüsselt 50 8
- Daten, verfügbare, Aktualität, ausreichende 8 12
- Datenmeldung 43 70 f.
- Datenschutz 22 109 ff., 50 1 ff.
 - Anlagensicherheit 50 49
 - Auftragsverarbeitung 50 23 f., 90 f.
 - Auskunft, Recht auf 50 69 f.
 - Bauphase 50 14, 48
 - Begrifflichkeiten 50 8 ff.
 - Behörden 50 51
 - berechtigtes Interesse 50 43 ff.
 - Berichtigung, Recht auf 50 74
 - Beschwerderecht 22 112
 - Betriebsphase 50 15
 - Bürgerbeteiligung 50 13, 37, 65
 - Bußgeld 50 96 f.
 - Data Processor 50 23 f., 90 f.
 - Datenminimierung, Grundsatz der 50 28
 - Datenpanne 50 83 ff.
 - Datenrichtigkeit, Grundsatz der 50 28
 - Datenschutzbeauftragter 50 92 f.
 - Datenschutzerklärung 50 62 ff.
 - Datenschutz-Folgenabschätzung 50 89
 - Datenschutzmanagement 50 29, 61
 - Datenschutzpflichten 50 61 ff.
 - Datenschutzverletzung 50 83 ff., 94 ff.
 - Datensicherheit 50 28, 78 ff.
 - Datenübertragbarkeit, Recht auf 50 74
 - Dokumentation 50 29, 31, 88 f.
 - Drittlandtransfer 50 54 ff.
 - Einschränkung, Recht auf 50 74
 - Einwilligung 50 33 f.
 - gemeinsame Verantwortlichkeit 50 22
 - Grundsätze der Datenverarbeitung 22 110
 - Haftung 50 22
 - Informationspflicht 50 28, 31, 62 ff.
 - Integrität und Vertraulichkeit, Grundsatz der 50 28
 - Joint Controller 50 22
 - Konzern 50 21 f., 43, 54 ff.
 - Löschkonzept 50 73
 - Löschpflicht 50 28, 72 f.
 - Löschung, Recht auf 50 71 ff.
 - Messwesen 50 59 f.
 - Nachweispflichten 50 27 ff.
 - Nutzungsverträge 50 36
 - Öffentlichkeitsbeteiligung 50 47
 - personenbezogene Daten 50 8
 - Planungsphase 50 10 ff., 46 f.
 - Privacy by Default 50 82
 - Privacy by Design 50 82
 - Projektplattform 50 26, 91
 - Protokolldaten 50 49
 - Rechenschaftspflicht 50 29
 - Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung 50 28, 30 ff.
 - Rechtmäßigkeit der Verarbeitung 22 111
 - Sicherheit 50 49
 - Speicherbegrenzung, Grundsatz der 50 28, 71
 - Technikgestaltung 50 28, 82
 - technische und organisatorische Maßnahmen 50 80
 - Transparenz 50 28, 62
 - Verantwortung 50 18 ff.
 - Verarbeitungsbegriff 50 9
 - Verarbeitungsverzeichnis 50 88
 - Verbot mit Erlaubnisvorbehalt 50 30
 - Videoüberwachung 50 16, 26, 48, 50, 91
 - Widerruf der Einwilligung 22 112
 - Widerspruchsrecht 50 75
 - Zweckänderung 50 28
 - Zweckbindung, Grundsatz der 50 28
 - zwingendes Recht 22 113
- Datenbeauftragter
 - Aufgaben 50 93
 - behördlich 50 92
 - Bestellung, Pflicht zur 50 92
 - interne Stellung 50 93
 - Kündigungs- und Abberufungsschutz 50 93
 - Verantwortung 50 20
- Datenschutzbehörden, Untersuchungs- und Abhilfebefugnisse 50 98
- Datenschutzerklärung 50 62 ff.
- Datenschutz-Grundverordnung 50 4 ff.
 - Anwendungsbereich 50 7
- Datenmanagement 50 61
- Datenprinzipien 50 27 ff.

Stichwortverzeichnis

Datenschutzrecht

- Adressat 50 18 ff.
- Anwendungsbereich 50 7
- bereichsspezifischer Datenschutz 50 6
- Bundesdatenschutzgesetz 50 5
- Datenschutz-Grundverordnung 50 4
- Energiesektor 50 6
- Messwesen 50 59 f.
- Systematik 50 4 ff.

Datenschutzverletzung

- Aufsichtsbehördliche Maßnahmen 50 96 ff.
- Begriffsbestimmung 50 84
- Benachrichtigung 50 83 ff.
- Bußgeld 50 96 f.
- IT-Störung 50 87
- Meldepflicht 50 83 ff.
- Rechtsfolgen 50 94 ff.
- Sanktionen 50 96 f.
- Schadensersatz 50 95
- Strafbarkeit 50 99

Datensicherheit 50 28, 49, 78 ff.

- risikobasierter Ansatz 50 79

Datenübermittlung

- Drittlandtransfer 50 54 ff.
- international 50 54 ff.
- Meldepflichten 50 39

Datenverarbeitung

- Bauphase 50 14, 48
- Behörden 50 51
- Betriebsphase 50 15
- Bürgerbeteiligungen 50 37
- Konzern 50 43
- Marketing 50 34, 43
- Messwesen 50 59 f.
- Planungsphase 50 10 ff., 46
- Rechtmäßigkeit 50 28, 30 ff.
- Rechtsgrundlage 50 30 ff.
- rechtswidrig 50 30
- Vertragsabwicklung 50 36

Daten zur Onshore-Windenergie-Nutzung in Deutschland 32 1

Dauerschuldverhältnis 43 22

Day-Ahead-Markt 44 50

Debt Service Coverage Ratio 32 26

Denkmal 12 1 ff.

- -arten 12 16
- -begriff 12 9 ff.
- -fähigkeit 12 10
- -liste 12 20 ff.

- -umgebung 12 30 ff.

- -wert 12 7

- -würdigkeit 12 8, 17 ff.

Denkmalfachbehörden, Beteiligung 12 66 ff.

Denkmalrechtliche Erlaubnis, Geltungsdauer 12 69 ff.

Denkmalschutz 2 8, 12 1 ff.

- Sichtbeziehungen 12 41

Denkmalschutzgesetz, Landesdenkmalschutzgesetze 12 2 f.

Denkmalschutzgesetze, Übersicht 12 75

Denkmalschutzrecht, Klagebefugnis 21 55

Deutscher Wetterdienst 14 6 ff.

Dezentrale Vermarktungsmöglichkeiten, Direktvermarktung 37 26

Dienstbarkeit, beschränkt persönliche 22 57

- Dienstbarkeitsbestellungsvertrag 22 13

- Scheinbestandteile 22 56

Dienstbarkeiten 25 16, 32 116

Dienstbarkeitsbestellungsurkunde, Notarvollmacht 23 86

Dienstbarkeitsbestellungsvertrag 22 5, 13 ff.

Dienstbarkeitsbewilligungsurkunde, Inhalt 23 65 ff.

Differenzmenge 43 31

Dingliche Rechte

- Löschungen 23 25

- Veränderungen 23 25

Dingliche Sicherung 22 2, 13, 57 f.

- Baulasten 23 3

– beschränkte persönliche Dienstbarkeit 23 3

- Drittwirkung 23 1 f.

- Grunddienstbarkeiten 23 3

- Grundschild 23 4

- Legal DD 35 157

- Löschung 22 58

- Nießbrauch 23 4

- Scheinbestandteileigenschaft 23 5

- Vormerkung 23 3

Direktbeteiligung 33 6, 43 f., 46, 219

Direktleitung 43 7 ff.

Direktlieferung 39 47, 42 43

Direktvermarkter 39 25

Direktvermarktung 31 32, 32 18, 41 31

- Pflicht 37 15 ff.